

Gemeinde Lindlar



Der Bürgermeister

- Allgemeiner Vertreter -

Gemeinde Lindlar – Der Bürgermeister – Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar

An die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses der Gemeinde Lindlar

Nachrichtlich

An alle Ratsmitglieder

Auskunft erteilt: Herr Franz Broich
Geschäftszeichen: Fb/sv
Zimmer Nr.: 400
Telefondurchwahl: (02266) 96 408
Telefax: (02266) 96 7 408
E-Mail: franz.broich@gemeinde-lindlar.de
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 4. Dezember 2009

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 9. Dezember 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Anlage reichen wir Ihnen die Sitzungsvorlagen zu

TOP 04: Berichterstattung – öffentliche Sitzung –

TOP 05: Haushaltsplan 2010

Hier: Anfragen, Anregungen und Anträge der Fraktionen

TOP 13: Berichterstattung – nichtöffentliche Sitzung –

nach.

Zu TOP 5 erhalten Sie außerdem zwei nachgereichte Anfragen der CDU-Fraktion, die noch nicht schriftlich beantwortet werden konnten.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

Anlagen

Allgemeiner Vertreter

Sitzungsvorlage
für die 2. Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses
am 09.12.2009

- öffentliche Sitzung -

TOP 4: Berichterstattung über die Durchführung der Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 24.11.2009
- öffentliche Sitzung -

Zu TOP 1 - 4 Regularien

Hierzu kann eine Berichterstattung entfallen.

Zu TOP 5:

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des HFA vom 24.11.2009

Hierzu kann eine Berichterstattung entfallen.

Zu TOP 6:

Erste Beratung der Haushaltssatzung 2010 mit Haushaltsplan und Anlagen sowie Haushaltssicherungskonzept 2010-2013

hier: Einbringung der Anregungen, Anträge und Anfragen der Fraktionen zum Haushalt und

Zu TOP 7.1

Konjunkturpaket II

Hier: Stand der Beratung

Hierzu kann eine Berichterstattung entfallen.

Zu TOP 7.2:

Konjunkturpaket II

Hier: Gemeinschaftsgrundschule Kapellensüng, Schulweg 4

Die Verwaltung wird die zugesagten Prüfungen bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses im Jahr 2010 vornehmen und über die Ergebnisse berichten.

Zu TOP 7.3:

Konjunkturpaket II

Hier: Abstimmungsgespräche der Verwaltung mit dem SV Linde 1957 e.V. und dem SSV Süng 1931 e.V.

und

Zu TOP 8:

Interkommunale Zusammenarbeit

Hier: Sachstandbericht

und

Zu TOP 9:

Informationen der Verwaltung

und

Zu TOP 10:

Verschiedenes

Hierzu kann eine Berichterstattung entfallen.

**Finanzen, Steuern,
Rechnungswesen**

Sitzungsvorlage
für die Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses
am 09.12.2009

- öffentliche Sitzung -

TOP 5: Haushaltsplan 2010 hier: Anfragen, Anträge und Anregungen zum Haushalt 2010

Sachverhalt:

Zu den Anfragen, Anträge und Anregungen der Fraktionen zum Haushalt 2010 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

CDU: Welche Positionen des Haushalts hat die Verwaltung auf den Prüfstand für Einsparungen gesetzt?

Antwort:

Die investiven Maßnahmen wurden für 2010 so aufgestellt, dass ab dem Haushaltjahr 2010 bzw. ab dem Haushaltjahr 2009 keine neuen Kreditaufnahmen für Investitionen notwendig werden.

In 2010 sollen die Energiekosten bei verschiedenen Gebäuden gesenkt werden. Hierzu wurden Mittel aus dem Konjunkturpaket bereitgestellt.

Das Jahr 2010 wird eine große Herausforderung bezüglich der Gründung des TeBEL um hier Synergien und Kosteneinsparungen zu realisieren.

Des Weiteren wurden zahlreiche sinnvolle Maßnahmen abgelehnt oder verschoben, wie z.B.:

- Beleuchtung Ratssaal (16 T€)
- Schließanlage Rathaus (13 T€)
- Speicheraufgang GGS LiWest (16 T€)
- Büromöbel Rathaus (Kürzung um 5 T€)
- Löschwasserversorgung (50 T€)
- Schulhoffläche Gymnasium (10 T€)

CDU: Wird im Kreis in gleicher Weise gespart?

Antwort:

Den Verwaltungen wurden die Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2010 am 26. November 2009 vorgestellt. Aufgrund der vorliegenden Daten soll die Kreisumlage von 39,5 auf 40,5 Prozentpunkte und die Mehrbelastung Jugendamt um rund 1,6 Prozentpunkte erhöht werden. Aufgrund der um etwa 3% sinkenden Kreisumlagegrundlagen bleibt das Allgemeine Kreisumlageaufkommen dennoch nahezu konstant. Eine Übersicht über den Haushaltsplan des Kreises aus dem Eckdatenpapier befindet sich in der Anlage 1.

Eine weitergehende Aussage zu den Sparbemühungen setzt weitergehende Informationen voraus, wie sie sicher dem Haushaltsplanentwurf 2010 zu entnehmen sind. Dieser liegt noch nicht vor. Der Kreishaushalt soll erst Mitte März 2010 beschlossen werden.

CDU: NKF bringt größere Transparenz. Wie soll/kann ab 2010 des Berichtswesen aussehen?

Antwort:

Die Verwaltung ist bemüht, ab 2010 ein unterjähriges Berichtswesen einzuführen. Sobald die Bilanz für 2009 fertig ist, soll das Berichtswesen aufgebaut werden. Die ersten Ergebnisse werden dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt.

CDU: Die CDU-Fraktion Lindlar befürwortet, dass der Ausgleich für Eingriffe in der Natur vor Ort auch möglichst in Lindlar stattfindet. Wie sieht der Stand des Ökokontos aus?

Antwort:

Die Verwaltung hat beim Oberbergischen Kreis, Untere Landschaftsbehörde, den Antrag gestellt, ein eigenes Ökokonto für die Gemeinde Lindlar führen zu dürfen. Der Entwurf einer Verwaltungsvereinbarung liegt vor.

CDU: Die Gemeinde zahlt Mietzuschüsse zum Betreiben von Begegnungsstätten. Welche Angebote finden wo statt?

Antwort:

Folgende Zuschüsse werden gezahlt:

AWO: 1.150,00 € (Offener Seniorentreff, Strick- und Klönkreis ev. Kirche)

Kath. Kirche: 1.430,00 € (Offener Seniorentreff, Skatclub, Aktive Senioren Lindlar, Gedächtnistraining, Strickkreis)

Annele-Meinerzhagen-Stiftung: 3.800,00 €. (Frühstück Demenzkranke und Angehörige, Veranstaltungen Seniorenberatung, Geplanter Müttertreff uvm).

CDU: Interkommunale Zusammenarbeit weiter ausbauen.

Antwort:

Wie mehrfach berichtet, finden Überlegungen zu einer interkommunalen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Engelskirchen und Lindlar statt, die sich zurzeit auf die verwaltungsmäßige Begleitung der neu zu gründenden AöR „Technischer Betrieb Engelskirchen-Lindlar“ – TeBEL – konzentrieren. So ist geplant, die Personalverwaltung der AöR sowie die Erstellung des Wirtschaftsplanes und der Bilanz durch die Gemeinde Lindlar abzudecken. Die Gemeinde Engelskirchen übernimmt im Gegenzug die IT-Ausstattung und –betreuung sowie die laufende Buchhaltung. Über die Fortentwicklung der interkommunalen Zusammenarbeit soll weiterhin regelmäßig im Haupt- und Finanzausschuss berichtet werden.

Zu den statistischen Angaben

SPD: Einige Angaben sind schwer nachvollziehbar, z.B.:

- Die Einwohnerzahl sinkt vom 31.12.07 bis zum 30.09.09 um 291, die Einwohnerdichte (EW/km²) bleibt aber konstant.
- Reduzierung der Bolzplätze von 10 auf 8
- Wasseranschlüsse vermehren sich um 47 auf 4962, aber die Wasserleitungslänge wird um 1,9 km kürzer

Antwort:

- Die Einwohnerdichte wurde nicht angepasst. Aufgrund der gesunkenen Einwohnerzahlen verringert sich die Einwohnerdichte auf 260 Einwohner/km².
- Die Anzahl der Bolzplätze im Gemeindegebiet beträgt 10 Stück.
- Die Wasseranschlüsse betragen am 31.12.2008 4.994 Stück und die Wasserleitungslänge beträgt am 31.12.2008 156,6 km.

Vorbericht

SPD: Seite 13/17
Ab wann wird die Eröffnungsbilanz nicht mehr vorläufig sein?

Antwort:

Die Eröffnungsbilanz ist nicht mehr vorläufig, sie wurde vom Rechnungsprüfungsausschuss am 31. März 2009 geprüft und vom Gemeinderat am 27. Mai 2009 festgestellt. Das Wörtchen „vorläufig“ auf Seite 13 muss gestrichen werden.

FDP: Wir bitten die Verwaltung, uns die mittlerweile bekannten Anpassungen der Planung 2010 zur Kenntnis zu bringen;

Antwort:

Die ersten Veränderungen wurden bereits in dem Haupt- und Finanzausschuss am 24.11.2009 bekannt gegeben. Zur Sitzung am 09.12.2009 folgt eine aktualisierte Fassung.

**Bündnis90/
Die Grünen:**

S.36

Warum werden Gewerbesteuereinnahmen (auch in den Folgejahren) in Höhe von € 9 Mio. eingeplant, obwohl in 2009 ein Minuswachstum/Finanzkrise und die 10,3 Mio. in 2008 offenbar ein Ausreißer waren?

Antwort:

Das derzeitige Gewerbesteueraufkommen beträgt rund 8 Millionen €. Der Verwaltung liegen Informationen vor, dass in 2010 mit Gewerbesteuernachzahlungen zu rechnen ist.. Aufgrund des gesunden Branchenmixes in der Gemeinde Lindlar erscheint eine Ansatzbildung von 9 Mio.€ plausibel.

FDP:

Seite 49 ff.

Bei Vorauszahlungen der BürgerInnen z. B. für Erschließungsmaßnahmen oder Friedhofsgebühren werden ständig neue Einnahmen erzielt und jährlich Beträge aufgelöst. Welche Sonderposten gibt es im Einzelnen und wie sieht die Entwicklung dieser Sonderposten (bitte einzeln erläutern) seit 2006 aus?

Antwort:

In 2006 und 2007 wurden keine Erschließungsbeiträge nach BauGB vereinnahmt.

In 2008 wurden Erschließungsmaßnahmen abgerechnet und Beiträge für zwei Straßenbaumaßnahmen vereinnahmt, dies sind „Zum alten Sportplatz“ in Höhe von T€ 12 sowie „Knappenweg“ in Höhe von T€ 31. Diese Beiträge werden den Sonderposten nach BauGB zugeführt, den mitfinanzierten Straßen direkt zugeordnet und über die Restlaufzeit der Straßen ertragswirksam aufgelöst.

Wir verweisen auch auf die Angaben im Anhang des Jahresabschlusses 2008 für fertig gestellte und drei noch nicht abgerechnete Baumaßnahmen in einer Gesamthöhe von T€ 771.

Für vereinnahmte Grabstellengebühren bilden wir gemäß NKF den Bilanzposten der Passiven Rechnungsabgrenzung. Hier werden die im Voraus geleisteten Beiträge separiert und ertragswirksam über die Laufzeit aufgelöst.

FDP:

Welche Versicherungen bestehen für die Gemeinde Lindlar (einzeln auflühren bitte) + was kosten sie jährlich und welche Versicherungserstattungen erhält die Gemeinde jährlich?

Antwort:

Die Gemeinde Lindlar hat neben einer Haftpflicht-, einer Vermögenschadensversicherung und einer gesetzlichen Unfallversicherung noch Sachversicherungen für die gemeindlichen Gebäude und Kfz abgeschlossen.

Die Versicherungsprämien betragen für 2010 voraussichtlich:

Haftpflichtversicherung:	ca. 63.000,00 € brutto
Eigenschadensversicherung:	ca. 9.500,00 € brutto
Gesetzliche Unfallvers.:	ca. 185.500,00 € brutto
Gebäudeversicherungen:	ca. 69.500,00 € brutto
Kfz-Versicherungen:	ca. 38.000,00 € brutto

Im Sachversicherungsgeschäft (Gebäude- und Kfz-Versicherungen) betragen die Schadensquoten der letzten fünf Versicherungsjahre 2004-2008 im Durchschnitt wie folgt:

Gebäude / Sparte Feuerrisiko:	23,05 v. H.
Gebäude / Sparte Einbruchdiebstahl:	136,63 v. H.
Gebäude / Sparte Leitungswasser:	191,51 v. H.
Gebäude / Sparte Sturmrisiko:	32,02 v. H.
Kfz-Versicherungen:	69,00 v. H.

SPD: Seite 56
Warum bei Strom 20.000,- € weniger? Wann laufen die Verträge aus?

Antwort:

Insgesamt kann festgestellt werden, dass sich die Verbräuche reduziert haben, und erwartet werden, dass sie durch die aktuellen energetischen Sanierungsmaßnahmen weiter leicht sinken werden. Der Ansatz für die Konzessionsabgabe Strom beruht auf der Ist-Einnahme aus dem Jahre 2008. Die Konzessionsverträge Strom und Gas laufen in 2015 aus.

SPD: Seite 59
Wie sieht die Weiterbeschäftigungsgarantie für die Bauhofbeschäftigten aus (Dauer, Konditionen)?

Antwort:

Zwischen dem TeBEL, vertreten durch den Vorstand, und der Gemeinde Lindlar, vertreten durch den Bürgermeister, sowie dem Personalrat, vertreten durch die Vorsitzende, soll ein Personalüberleitungsvertrag geschlossen werden. In diesem Personalüberleitungsvertrag ist geregelt, dass den Beschäftigten durch die Überleitung keine Nachteile entstehen. Dazu werden nähere Aussagen getroffen, u. a. dass der TeBEL in alle Rechte und Pflichten aus den im Zeitpunkt des Übergangs bestehenden Arbeits- und Ausbildungsverhältnisse eintritt.

Bezüglich einer Weiterbeschäftigung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist folgendes geregelt: Der TeBEL verpflichtet sich, für die Dauer der angestrebten 5-jährigen gegenseitigen Abnahmeverpflichtung von Leistungen für diesen Zeitraum von 5 Jahren – beginnend ab dem 01. Januar 2010 – gegenüber den übergeleiteten Beschäftigten keine Kündigungen oder Rückgruppierungen aus betriebsbedingten Gründen auszusprechen. Verhaltens- oder personenbedingte Kündigungen werden davon nicht berührt.

FDP:

Seite 60 ff.

AÖR TeBEL Herr Urspruch hat bisher den Bauhof in seinem Aufgabengebiet mit zu verantworten. Ab 01.01.2010 (01.12.2009) ist der neue VORSTAND, Herr Bremmekamp, dafür zuständig. Welcher Aufgaben fällt weg und was tritt anstelle dieser Aufgaben für Herrn Urspruch?

Antwort:

Gemäß § 8 der Unternehmenssatzung für den TeBEL AÖR ist Herr Urspruch ab 01.01.2010 gemeinsam mit Herrn Hütt Mitglied im Beirat und wird verwaltungsseitig auch Ansprechpartner für die TeBEL AÖR sein. Insbesondere wird durch die notwendige Unterstützung des Vorstands in der Anfangsphase der TeBEL AÖR (noch) keine Entlastung für Herrn Urspruch zu erwarten sein. Im Übrigen ist Herr Urspruch als Fachleiter für den Bereich öffentliche Verkehrsflächen und Anlagen auch weiterhin für die Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen und Wegen zuständig. Diese Arbeiten sind zwar von der TeBEL AÖR weitgehend umzusetzen, aber vom zuständigen Fachbereich zu beauftragen, zu kontrollieren und abzurechnen. Außerdem ist Herr Urspruch Technischer Betriebsleiter des Gemeindewerkes Wasser und Abwasser und dort vollumfänglich in die Arbeiten, insbesondere Umsetzung von Baumaßnahmen, Einführung der getrennten Abwassergebühr und in naher Zukunft Umsetzung des § 61 a Landeswassergesetz (Dichtheitsprüfung von privaten Abwasseranlagen), eingebunden. Per Saldo ist nicht von einer Reuzierung des Aufgaben- und Verantwortungsbereiches bei Herrn Urspruch auszugehen.

FDP:

ANTRAG

Seite 60 ff. Bei LindlarTouristik scheidet Frau Heck im Laufe d. J. 2010 aus. Die Personalkosten werden auf das Niveau einer neuen Kraft geplant

Antwort:

Frau Heck wechselt zum 01.03.2010 in die zwölfmonatige Ruhephase ihrer Altersteilzeit. Zum 30.06.2010 beendet Frau Kronenberg ihre Ausbildung.

Bei den Personalkosten für 2010 in Höhe von 67.830 € (Bruttoausweis) sind das Altersteilzeitentgelt für Frau Heck, das noch bis zum 28.02.2011 zu zahlen ist, ein 15%iger Stellenanteil für Vertretungen wie

bisher durch Frau Voss und ab 1.7.09 eine Wiederbesetzung mit nur einer Vollzeitkraft zu EG 6 kalkuliert.

Die Personalkosten für das Ausbildungsverhältnis sind zentral in der Produktgruppe 1.11.04 Personal erfasst.

Um das aktuelle Leistungsniveau im Bereich LindlarTouristik sicher zu stellen, müsste eine Wiederbesetzung der Stelle von Frau Heck mit 1,5 Vollzeitkräften erfolgen.

Beschlussvorschlag:

Der Personalkostenansatz LindlarTouristik wird um 17.500 € erhöht, um eine Wiederbesetzung der Stelle Heck mit 1,5 Vollzeitkräften zum 01.07. zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird beauftragt, möglichst bereits für 2011 erneut einen Ausbildungsplatz für eine/n „Kaufrau/Kaufmann für Freizeit und Tourismus“ auszuschreiben.

SPD: Seite 61
Die SPD-Fraktion begrüßt weitere Ausweisung von Ausbildungsplätzen

Antwort:

Die Verwaltung nimmt die Feststellung der SPD-Fraktion zur Kenntnis.

SPD: Seite 65/66
Bitte erklären Sie Entwicklungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Für uns sind die Kostensprünge von 2008 auf 2009 (höher) und dann auf 2010 (erheblich niedriger) so nicht nachvollziehbar. Sollten die Ansätze für 2010 zu niedrig angesetzt sein?

Antwort:

Der Ansatz für Energie, Abwasser und Wasser ist für 2010 korrekt ermittelt worden. Der Haushaltsansatz 2009 war aufgrund der nicht bekannten Niederschlagswassergebühren zu hoch kalkuliert.

Der Haushaltsansatz für Unterhaltung und Bewirtschaftung der Gebäude hat sich in 2009 von 2.051 T€ auf 1.336 T€ reduziert. In 2009 war unter anderem die Sanierung des Hauptschuldaches mit rund 431.000 € veranschlagt. Diese Maßnahme wird jedoch in 2009 nicht durchgeführt, da keine Einnahmen aus der energetischen Förderung geflossen sind (Zurzeit wird geprüft, ob die Sanierung des Hauptschuldaches in 2010 außerplanmäßig aus dem Konjunkturpaket finanziert werden kann.).

Der Titel „Kostenerstattungen“ erhöht sich auf rund 2,8 Millionen € aufgrund der Gründung des TeBEL.

Die Treibstoffkosten für Fahrzeuge verringern sich, da die Kosten für den bisherigen Bauhof nicht mehr im Haushaltsansatz 2010 enthalten sind.

FDP: Seite 66
23.020 € sollen für Fahrzeugtreibstoffe in 2010 ausgegeben werden. Wir bitten um Auflistung der Fahrzeuge, der jährlichen km-Leistungen und des jährlichen Kraftstoff- und Geldverbrauchs.

Antwort:

Berücksichtigt sind bei diesem Ansatz alle Dienstfahrzeuge des Rathauses, der Schulhausmeister und der Feuerwehr.

Eine detaillierte Übersicht über die jährlichen km-Leistungen und Kraftstoff- und sonstigen (Geld-)Verbräuche der einzelnen Fahrzeuge wäre sehr aufwändig. Eine Übersicht über die Fahrzeuge und Gesamt-/Durchschnittsbetrachtung wird alsbald vorliegen.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Seite 66
Warum waren die Ausgaben für Unterhaltung und Bewirtschaftung bei Grundstücken und Gebäuden in 2009 einmalig so hoch?

Antwort:

Für das Haushaltsjahr 2009 waren durch das ZGM verschiedene größere Einzelmaßnahmen angemeldet worden, die den Ansatz des Sachkontos 523100 einmalig erhöht haben. Beispielhaft kann hier auf folgende Ansätze hingewiesen werden:

- Hauptschule – Dachsanierung 431.000,00 € (Mittel wurden nicht verausgabt, da beantragter Zuschuss nicht gewährt wurde. Maßnahme soll in 2010 aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden)
- Turnhalle Hartegasse – Brandschutzsanierung 45.000,00 € (Maßnahme wird derzeit ausgeführt).
- Gymnastikhalle Lindlar – Außenputz-, Dachdämmung- und Fenster-sanierung 67.000,00 € (Maßnahme wird derzeit ausgeführt.)

FDP: **ANTRAG**
Seite 67 ff. Folgende Unterhaltungsaufwendungen werden in 2010 gestrichen:

- | | | |
|--|-----|------------|
| a) GGS Lindlar-West Rauchmeldergest. Türschließer,
siehe 2009 | ./. | 2.500,-- |
| b) GGS Lindlar-Ost Sonnenrollos, siehe 2009 | ./. | 1.000,-- |
| c) GGS Lindlar-Ost Verkleidung Heizkörper | ./. | 2.500,-- |
| d) FWG Frielingsdorf Bodenrep., siehe 2009 | ./. | 1.500,-- |
| e) Wohnhaus Lindlarer Str., siehe 2009 | ./. | 5.000,-- |
| f) Fassadenanstrich | ./. | 16.500,-- |
| g) Sanierung Mausoleum | ./. | 33.000,-- |
| h) Forstwirtschaft | ./. | 9.000,-- |
| i) Straßendeckenerneuerung, siehe Bauhof Seite 114 | ./. | 250.000,-- |

Antwort:

zu a) Die vorhandenen Türen müssen aus Brandschutzgründen grundsätzlich geschlossen gehalten werden. Dies führt dazu, dass die Türen permanent durch die Schüler und Lehrer genutzt werden, was wiederum einen erhöhten Verschleiß an den Türanlagen verursacht. Hinzu

kommt, dass die Türen aufgrund ihrer Brandschutzqualität recht schwer und somit für Kinder im Grundschulalter schlecht zu nutzen sind. Durch die rauchmeldergesteuerten Türschließer könnten die Türen offen stehen bleiben und würden nur im Brandfall zufallen. Außerdem würde die bisher oftmals praktizierte und nicht zulässige Nutzung von Holzkeilen unterbunden.

zu b) Es handelt sich hier um eine Ergänzung der bestehenden Sonnenschutzanlage. An einigen Oberlichtern fehlt noch der Sonnenschutz, so dass es zu einer Aufheizung der Räumlichkeiten und zu Blendungen kommt.

zu c) Die Heizkörper im Gymnastikraum der Schule stellen eine akute Unfallgefahr im Unterricht dar. Aus Sicht der Verwaltung ist die Verkleidung der Heizkörper zum Schutz der Schüler unabdingbar notwendig.

zu d) Hier wurde für die Anmeldung eine falsche Bezeichnung in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen. Die angemeldeten Mittel werden für die dringend notwendige Reparatur der Eingangstüre des FWGH benötigt.

zu e) Da der Außenanstrich des Wohnhauses grundsätzlich aus optischen Gründen erfolgen soll, könnte dieser sicherlich verschoben werden. Dieses erscheint aber aufgrund der zusätzlichen Nutzung als Schulgebäude, im Interesse der Substanzerhaltung und zur Sicherung der Mieteinnahmen allerdings nicht empfehlenswert.

zu f) Der Ansatz kann gestrichen werden. Im Nachgang zur Haushaltsanmeldung wurden durch das ZGM Gespräche mit der Denkmalschutzbehörde geführt. Diese regte an, im Jahr 2011 eine Gesamtaußensanierung des denkmalgeschützten Gebäudes durchzuführen und stellte hierfür u.U. auch Fördermittel in Aussicht. Es wird somit eine geänderte Anmeldung für das Haushaltsjahr 2011 erfolgen.

zu g) Bei der Bezirksregierung wurde ein Antrag auf Förderung der Sanierungsmaßnahmen am Gemeinde eigenen Baudenkmal Mausoleum auf dem Lindlarer Friedhof beantragt. Eine Förderung der Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 50% der mit 33.000 € geschätzten Gesamtkosten wurde bereits mündlich in Aussicht gestellt, wenn die Gemeinde Lindlar die entsprechenden Haushaltsmittel in 2010 bereitstellt.

zu h) Der angemeldete Ansatz setzt sich aus 5.000,00 € für die Forstbewirtschaftung und 4.000,00 € für die allgemeine Unterhaltung zusammen. Den 5.000,00 € für die Forstbewirtschaftung stehen ca. 7.000,00 € aus dem Holzverkauf gegenüber, so dass hier sogar ein Überschuss von jährlich 2.000,00 € erwirtschaftet wird. Die weiteren 4.000,00 € werden in der Hauptsache für so genannte Gefahrfällungen benötigt. Die Anmeldung basiert auf den Erfahrungen der Vorjahre (hier wurden die entsprechenden Kosten noch auf andere Kostenstellen / Sachkonten verteilt) sowie auf der Vielzahl der gemeindlichen Grundstücke, auf denen ein Baumbewuchs vorhanden und die Gemeinde verkehrssicherungspflichtig ist.

zu i) Für das gemeindliche Straßen- und Wegenetz besteht ein erheblicher Reparatur- und Instandsetzungsbedarf, der jährlich dem Bau-, Planungs- und Umweltausschuss im Zuge der Beratungen zum Wegeinstandsetzungsprogramm mitgeteilt wird. Zur Erhaltung der Verkehrssicherheit und zur Substanzerhaltung der Straßen ist die Bereitstellung von entsprechenden Haushaltsmitteln erforderlich.

Beschlussvorschlag:

Der Ansatz zu f) wird gestrichen, die übrigen Ansätze bleiben unverändert erhalten.

FDP:

ANTRAG

Seite 74

Die Gemeinsame Kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg wird mit Kosten in Höhe von 246.000,-- € p. a. und (Seite 72) 6.500,-- Datenschutzbeauftragter eingeplant. Eine Vergleichsanalyse Eigenleistung und Fremdbezug soll Klarheit schaffen, ob diese Leistungen nicht preiswerter selbst erbracht werden können.

Antwort:

Die Leistungen des gemeinsamen kommunalen Rechenzentrums der Kreise Rhein-Sieg und Oberberg (GKD) werden ohne Gewinnabsicht kostendeckend erbracht. Nicht zuletzt aufgrund des bei der GKD vorgefundenen günstigen Preis-Leistungsverhältnisses ist die Stadt Solingen (160.000 Einw.) mit Wirkung zum 01.01.2009 der GKD beigetreten. Die Stadt Solingen hatte zuvor eine intensive Marktsichtung unter den Rechenzentren durchgeführt und sich dann für die GKD als EDV-Dienstleistungserbringer entschieden. (Die Namensführung der GKD lautet nunmehr „civitec“.)

Aus gutem Grund wird der Trend zu Zusammenschlüssen von Rechenzentren festgestellt. Damit wird das Ziel verfolgt, durch Spezialisierung und Synergien die Ressourcen intensiver zu nutzen, um die wachsenden Anforderungen der Kunden und der dafür notwendigen Rechnerleistungen erfüllen zu können.

Eine Vergleichsanalyse zwischen Eigenleistung und Fremdbezug wird aus den o.g. Gründen sicher mit dem Ergebnis zum Fremdbezug abschließen.

Der gemeinsame Datenschutzbeauftragte ist ein Mitarbeiter der civitec, der die Funktion des Datenschutz- und IT-Sicherheitsbeauftragten für mehrere Kommunen gemeinsam ausübt. Sein Stellvertreter ist ein Mitarbeiter aus der jeweiligen Kommune. Es handelt sich hierbei um anteilige Personalkosten. Auch in diesem Fall ist ein Vorteil der Eigenleistung gegenüber dem Fremdbezug nicht erkennbar.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FDP wird abgelehnt. Die Gemeinde Lindlar bezieht sich weiterhin der Dienstleistungen des civitec.

FDP:

Seite 75

Die Abschreibungen steigen, obwohl der Bauhof mit seinen Wirtschaftsgütern nicht mehr zur Gemeinde gehört. Ist das berücksichtigt?

Antwort:

Die Verwaltung hat diesen Sachverhalt beachtet, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Abschreibungen des beweglichen Anlagevermögens des Bauhofes für 2010 nur einen Anteil von T€ 68 ausmachen würden. Dem Anlagevermögen des Bauhofes wie z.B. Fahrzeuge und Geräte haben wir einen geplanten Abgang zum 30.01.2010 zugewiesen. Somit sind die Planabschreibungen 2010 für einen 1 Monat mit diesen Werten belastet. Dieses Verfahren ist mit den Prüfern der TeBEL abgestimmt und SAP-technisch nicht anders möglich. Die Abschreibung steigt insgesamt aufgrund der getätigten oder geplanten Neuanschaffungen und aufgrund des Straßenbaues.

SPD:

Seite 76

Was macht die Verwaltung so sicher, dass Kreisumlage allgemein und Kreisumlage für den Jugendamtsbereich in 2010 zusammen um rund 1 Mio. € sinken wird? Die SPD übt weiterhin Kritik an der Krankenhausumlage und der Finanzierungsbeteiligung „Fond Deutsche Einheit“

Antwort:

Die Veranschlagung der Kreisumlage basiert aufgrund der Finanzplanung des oberbergischen Kreises zum Haushalt 2009 bis 2012. Danach wurde der Hebesatz für 2010 unverändert mit 39,5 Prozentpunkten veranschlagt. Bei dem Hebesatz für Mehrbelastung Jugendamt gab es in 2009 eine Sonderumlage in Höhe von 1,5766 Prozentpunkten zur Abdeckung des Rechnungsfehlbetrages aus 2008. Des Weiteren begründet sich die Reduzierung der Kreisumlage aufgrund der Steuerkraft und der Schlüsselzuweisung der Gemeinde Lindlar.

Zwischenzeitlich sind in der Dienstbesprechung mit den Hauptverwaltungsbeamten der kreisangehörigen Kommunen seitens der Kreisverwaltung die Eckdaten zum Haushaltsplan 2010 bis 2013 vorgestellt worden. Danach ist mit einer Erhöhung der Allgemeinen Kreisumlage auf 40,5% und der Jugendamtsumlage auf 22,28 % zu rechnen. Vor allem die darüber hinaus gehende Erhöhung war umstritten. Hier wurde aus dem Kreis der Kommunen gefordert, an Stelle einer weiteren Erhöhung der Umlagen die Rücklagen in Anspruch zu nehmen.

Vor diesem Hintergrund schlägt die Verwaltung eine Anpassung des Allgemeinen Hebesatzes bis 2013 auf 40,5% und des Hebesatzes für die Jugendamtsumlage auf 22,28 % vor.

Die Kritik an der Krankenhausumlage und an der Finanzierungsbeteiligung „Fond Deutsche Einheit“ wird von der Verwaltung geteilt.

**Bündnis 90
Die Grünen:**

Seite 76

Besteht noch eine Forderung gegen den Fond „Deutsche Einheit“, wenn ja, wo wird diese im Haushalt berücksichtigt?

Antwort:

In 2008 hat die Gemeinde Lindlar für zu viel gezahlte Beträge in den Fond „Deutsche Einheit“ für 2006 rund 850.000 € erhalten. Aufgrund vorliegender Informationen des Städte- und Gemeindebundes soll es weitere Gutschriften für die Jahre 2007 und 2008 an die Gemeinden

geben. Aufgrund der erstellten Gutachten wird es Anfang Dezember eine erste Proberechnung geben. Derzeit liegen die Zahlen noch nicht vor.

Bündnis 90 Was verbirgt sich unter dem Begriff Krankenhilfe und warum sind die
Die Grünen: Ausgabe dafür so unkonstant?

Antwort:

Die zugewiesenen Asylbewerber können bei keiner Krankenkasse angemeldet werden. Die gesamten Krankenhilfekosten (Arztkosten, Arzneimittel, Krankenhausbehandlung usw.) müssen von der Gemeinde finanziert werden. Es bestehen jedoch Verträge mit der kassenärztlichen Vereinigung; danach werden die Krankenhilfeleistungen über die Stadt Gummersbach abgerechnet. Eine separate Ausweisung erfolgt erst seit 2008. Vorher waren die Kosten in den Leistungen des Asylbewerberleistungsgesetzes enthalten.

Bündnis 90 Aufgrund welcher Fakten oder Annahmen wird die Kreisumlage „Ju-
Die Grünen: gendamtsumlage“ für 2010 niedriger angesetzt als 2009?

Antwort: Siehe Antwort zuvor. 2009 gab es eine Sonderzahlung zur Verlustabdeckung aus dem Jahre 2008.

Bündnis 90 Wie ist die Differenz Haushaltsplan 2008 und Ergebnis 2008 beim Son-
Die Grünen: dervermögen zu erklären? Warum werden € 67.000.- geplant? Welches Sondervermögen ist gemeint?

Antwort:

Im Jahre 2008 gab es eine Verlustabdeckung an das GTC in Höhe von 616,67 €. In 2009 und in 2010 wurden folgende Zuschüsse an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen veranschlagt:

- Verlustabdeckung GTC 2.000 €
 - Verlustabdeckung SFL 50.000 €
 - Straßenbeleuchtung (Baukostenzuschüsse) an die BELKAW 15.000 €
- ergibt in der Summe 67.000€

Bündnis 90 S. 78
Die Grünen: Warum wurde in 2009 an die Musikschule kein Zuschuss gezahlt? Warum wird der Zuschuss in 2010 wieder gezahlt? Widerspruch zu S. 361?

Antwort:

Der Zuschuss an die Musikschule war in 2009 unter dem Titel „Transferaufwendungen, Zuweisungen an Zweckverbände“ mit 4.000 € veranschlagt (siehe Seite 76). Die richtige Zuordnung der Leistungen an die Musikschule erfolgt jedoch unter dem „übrigen Bereich“. Hier wurden für 2010 mit 3.000 € weniger als noch für 2009 veranschlagt.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Warum wird für 2009 kein Mietzuschuss für „Altes Amtsgericht“ geplant, aber für 2010 ein höherer Zuschuss als bisher?

Antwort:

Der Mietzuschuss ist unverändert in Höhe von 7.878,00 € geplant (siehe Seite 419). Der Zuschuss wurde in der Vergangenheit nicht einheitlich unter „öffentliche Bereiche“ oder „sonstiger Bereich“ gebucht.

FDP:

Seite 81

Was verbirgt sich unter „Beschäftigtenbetreuung“?

Reisekosten in Höhe von 22.650,-- € entsprechen bei 0,30 €/km ca. 75.000 km Fahrleistung. Bitte auflisten, wer die fährt!

Dienst- und Schutzkleidung 18.550,-- €. Wer erhält welche Kleidung und was kostet das jährlich. Bitte auflisten!

Antwort:

Die Beschäftigtenbetreuung beinhaltet:

- Sachausgaben für die Gleichstellungsbeauftragte (500,00 €)
- Aufwendungen für arbeitsmedizinischer und sicherheitstechnischer Dienst (9.000,00 €)
- Ehrungen, Jubiläen und Veranstaltungen der Feuerwehren in der Gemeinde Lindlar (4.000,00 €)

Zu den Reisekosten i.H.v. 22.650,00 € – jeder Produktbereich verfügt über ein festgelegtes Budget – gehören folgende Leistungen:

- Wegstreckenentschädigungen mit 0,30 € / 0,22 € / 0,13 € pro Km
- Mitnahmeentschädigungen mit 0,02 € pro Mitnahmekilometer
- Tagegelder
- Parkgebühren
- Kosten für Übernachtung und Verpflegung bei mehrtägigen Dienstreisen

Dienst- und Schutzkleidung erhalten:

- | | |
|---|-------------|
| - Feuerwehren | 17.000,00 € |
| - Schulhausmeister, Hausmeister öffentlicher Gebäude und Zivildienstleistende | 1.550,00 € |

SPD:

Seite 83

Der Ansatz wurde zu 2009 um knapp 8.000 € erhöht, die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, ob es sich hierbei um eine Fehlbuchung handelt

Antwort:

Es handelt sich um eine Fehlbuchung. Statt 900 € wurden 9800 € gebucht. Der zuviel veranschlagte Betrag wird im Veränderungsnachweis abgesetzt.

**Bündnis 90
Die Grünen:** S. 83
Warum steigen die Telefonkosten bei sinkender Mitarbeiterzahl (Bauhof) und tendenziell sinkenden Tarifstarifen?

Antwort:

Bereits seit Jahren verfügt die Verwaltung über einen so günstigen Tarifstarif, dass er von anderen Anbietern bisher nicht unterboten werden konnte. Die Nebenstellen des Rathauses waren bis zum 30.09.2009 mit analogen Standleitungen verbunden und mussten durch DSL-Leitungen ersetzt werden. Die Mehrkosten resultieren aus dieser, von der Telekom veranlassten, Umstellung.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes war nicht bekannt, wie lange der bestehende Standort „Bauhof“ noch mit einer Telefonanlage ausgestattet sein muss und ob die Telefonanlage in den neuen Standort „Bauhof“ übernommen wird. Deswegen hat der Fachbereich die Leitungs- und Telefoniekosten für den Bauhof weiterhin veranschlagt.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Warum wird mit € 27.000.- bedeutend mehr für Fachliteratur u.ä. als bisher?

Antwort:

Siehe Erläuterung zuvor unter SPD Seite 83.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Warum steigen die Ausgaben für Büromaterial so enorm?

Antwort:

Ansatzserhöhung u. a. wegen Einbindung der Legislativperiode 2004 – 2009.

FDP:

ANTRAG

Seite 83

Eine Bündelung aller Telefone (ein Provider) soll geprüft und verhandelt werden.

Antwort:

Es wird auf die weiter oben bereits erfolgte Stellungnahme verwiesen. Ergänzend wird berichtet, dass nach Marktsichtung die Handys bei einem Provider zu einem speziell für den Öffentlichen Dienst zugänglichen günstigen Vertrag gebündelt sind.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FDP wird abgelehnt.

**Bündnis 90
Die Grünen:** S.85
Warum steigt die Eigenkapitalverzinsung des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung von 2008 auf 2010 so enorm?

Antwort:

Der Jahresabschluss des Gemeindewerkes Abwasserbeseitigung 2008 wird erst zum Jahresanfang 2010 fertig gestellt und testiert sein, der Jahresabschluss 2009 dagegen voraussichtlich bereits Mitte des Jahres 2010. Insoweit die Eigenkapitalverzinsung mit dem Jahresabschluss erfolgt, erhält die Gemeinde im Jahre 2010 die Eigenkapitalverzinsung des Eigenbetriebes Gemeindewerk Abwasserbeseitigung für zwei Haushaltsjahre.

Bündnis 90 S. 86
Die Grünen: Was sind Zinsaufwendungen „Capital Lease“?

Antwort:

Bei Zinsaufwendungen "Capital Lease" handelt es sich um Zinsaufwendungen für die Objekte Förderschule, Realschule sowie Dreifachturnhalle. Es bestehen entsprechende Mietkaufverträge zwischen der BGW GmbH und der Gemeinde Lindlar, aus denen diese Zinsverpflichtungen entstehen. Diese werden separat ausgewiesen, da es sich nicht um ein klassisches Kreditgeschäft sondern um ein kreditähnliches Geschäft handelt.

Bündnis 90 S.96
Die Grünen: 5.000092 ZGM-Ausstattung Warum wird dieses Produkt nicht näher erläutert?

: Antwort.
Es handelt sich um den Mittelansatz für den Erwerb von beweglichen Sachen im Wert von > 410,00 €. Die Anmeldung für das Jahr 2010 setzt sich wie folgt zusammen:

- Allgemeine Beschaffungen (z.B. größere/teurere Geräte für die Schulhausmeister wie Rasenmäher etc.)	3.000,00 €
- Reinigungsmaschine Lennefetalhalle (seit 2009 wieder größtenteils in Eigenreinigung; derzeitige Maschine gemietet.)	6.400,00 €
- 150 neue Stühle fürs Kulturzentrum	15.000,00 €

FDP: **ANTRAG**
Seite 96 ff.

Folgende Investitionsmaßnahmen werden b. a. W. verschoben:

a) Rathaus Büroeinrichtung	/./ 10.000,--
b) Grunderwerb für ausgebauten Straßen	/./ 25.000,--
c) Grunderwerb allgemein	/./ 150.000,--
d) ZGM Ausstattung	/./ 24.400,--
e) ZGM GWG	/./ 1.500,--
f) Gestaltung Marktplatz	/./ 20.000,--
g) Ortskern Frielingsdorf	/./ 20.000,--
h) Ausbau Schulweg Kappellensüng	/./ 38.000,--

i) Ausbau Bonnersüng

./ 110.000,--

Antwort:

zu a) Rathaus Büroeinrichtung. Es handelt sich hierbei bereits über einen stark reduzierten Ansatz gegenüber dem Jahr 2009. Die beantragten Haushaltsmittel werden für dringende Ersatzbeschaffungen von Büroeinrichtungen und für Neuanschaffungen im Rahmen der arbeitsmedizinischen Fürsorge benötigt.

zu b) Die Gemeinde Lindlar ist gemäß dem StrWG NRW als Trägerin der Straßenbaulast verpflichtet, Flächen von Gemeindestraßen, die nicht in Ihrem Eigentum stehen auf Antrag der aktuellen Eigentümer zu erwerben. Derzeit liegen bereits mehrere Anträge für 2010 vor.

zu c) Es handelt sich nicht um eine einzelne Investitionsmaßnahme, sondern um ein Budget, mittels dem die im laufenden Haushaltsjahr notwendigerweise anfallenden Grunderwerbe finanziert werden müssen/sollen. Bei einer Verschiebung wäre die Verwaltung in diesem Bereich handlungsunfähig. Im Vorjahr wurde der Haushaltsansatz (teilweise) gesperrt und bei Bedarf nur durch den HFA oder Gemeinderat entsperrt werden.

zu d) siehe Antwort zur vorstehenden Frage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

zu e) Es handelt sich hier um das Budget für die Anschaffung von beweglichen Sachen < 410,00 € wie z.B. Kleingeräte für die Hausmeister.

zu f) Siehe folgende Antwort Bündnis 90 Die Grünen S. 97.

zu g) Die Umgehungsstraße Frielingsdorf wird voraussichtlich bis Ende 2010 fertig gestellt. Über eine mögliche bauliche Umgestaltung und Aufwertung des Ortskerns und Verbesserung der Gesamtsituation auch für den Einzelhandel (z. B. mehr Parkplätze) in der Jan-Wellem-Str., sollte bereits in 2010 nachgedacht werden. Für eine Konzepterarbeitung und Kostenermittlung wurden daher für 2010 entsprechende Haushaltsmittel vorgesehen.

zu h) Der Ausbau der Straße Schulweg wurde bereits zeitlich mehrfach verschoben. Die Bebauung der Grundstücke ist abgeschlossen. Der Stichweg ist nur wassergebunden hergestellt und muss regelmäßig unterhalten werden. Ein Endausbau ist sinnvoll und notwendig.

zu i) Der Endausbau der Straße Bonnersüng wurde mehrfach verschoben. Es ist seit Jahren nur eine Baustraße vorhanden, die keine sichere Führung für Fußgänger, insbesondere für Kinder, bietet. Die Bebauung hat in den letzten Jahren zugenommen, so dass mit dem Endausbau in 2010 begonnen werden sollte.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

**Bündnis 90
Die Grünen:**

S. 97

Welche Gestaltungsmaßnahmen sind in 2010 auf dem Marktplatz geplant?

Antwort:

Die vorgesehenen Baumaßnahmen werden z. Zt. mit der katholischen

Kirche und dem Architekten abgestimmt. Sobald die Ergebnisse vorliegen werden diese im Bau-, Planungs- und Umweltausschuss vorgestellt.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Welche Ausstattung wird in der Realschule für € 31.000.- in 2010 angeschafft?

Antwort:

Die Realschule Lindlar wird den Schulbetrieb auf das so genannte Lehrerraumprinzip umstellen. D.h. die Lehrer haben einen Raum und die Schüler kommen dorthin zum Unterricht. Aufgrund dieser Tatsache sollen die 19 (ehemaligen Klassen-) Räume mit Regalen, und zunächst 10 Räume mit Lehrerarbeitsplätzen (Schreibtisch, Telefon) ausgestattet werden. Das Medienzentrum der Realschule soll mit neuen PCs und Schülerarbeitsplätzen ausgestattet werden. In diesem Zusammenhang ist die gesamte Vernetzung der IT-Versorgung in der Realschule aufzurüsten. Die Umstellung auf ein neues Betriebssystem für den Schulbereich und den Verwaltungsbereich wird erforderlich.

SPD: Die Verwaltung wird gebeten, die hohen Kontenstände bei der Volksbank Wipperfürth-Lindlar Ende April und Mai näher zu erläutern und auf den hieraus resultierenden Zinseffekt näher einzugehen.

Antwort:

Auf Grund einer Vereinbarung werden die Bestände der Girokonten bei der Volksbank Wipperfürth-Lindlar eG entsprechend verzinst. Der Guthabenzinssatz entspricht dem 3-Monats-Euribor abzgl. 0,5 %. Der Zinssatz wird jeweils zum Quartalsende angepasst. Die hohen Salden im April resultieren überwiegend aus den Zahlungseingängen Anteil-Einkommensteuer, Anteil Umsatzsteuer sowie dem Finanzausgleich (insgesamt rd. 1,875 Mio. €). Weiterhin kommen im Mai die Zahlungseingänge aus der Quartalsfälligkeit für Grundbesitzabgaben und Gewerbesteuern hinzu (rd. 1,789 Mio. €).

**Bündnis 90
Die Grünen:** S.109
Warum sinkt die Förderung Kultur und Vereine von 24.169.- auf nur 1.222.- ?

Antwort:

Der Ansatz in 2010 muss richtig lauten 21.826 €.

Teilergebnispläne

1.11.01 – Politische Gremien

SPD: Seite 139
Aufblähung Ausschüsse – Mehrkosten ??

Antwort:

Die Verwaltung geht davon aus, dass durch die Vergrößerung einiger Ausschüsse keine oder nur unwesentlich Mehrkosten verursacht werden, und zwar aus folgendem Grund:

1. Die Anzahl der sachkundigen Bürger in den einzelnen Ausschüssen hat sich gegenüber der letzten Legislaturperiode wie folgt verändert:

- im Wahlausschuss	-1
- im Betriebsausschuss Wasser/Abwasser	+3
- im Vergabeausschuss	+1
- im Ausschuss für Schule, Sport und Kultur	+2
- im Sozialausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Integration	+2
2. Die Anzahl der sachkundigen Bürger betrug in der Legislaturperiode 2004-2009 insgesamt 61. Für die jetzt laufende Legislaturperiode sind 55 sachkundige Bürger benannt worden, also 6 weniger gegenüber der letzten Legislaturperiode.

Bei insgesamt nunmehr weniger sachkundigen Bürgern und geringfügig mehr sachkundigen Bürgern in den Ausschüssen sowie unter Berücksichtigung der Sitzungshäufigkeit und der Höhe des Sitzungsgeldes von 22,40 € pro Ausschuss-/Fraktionssitzung ist von allenfalls geringfügigen Mehrkosten auszugehen. Dem stehen erwartete Einsparungen beim Verdienstausschlag gegenüber, so dass der einschlägige Haushaltsansatz gegenüber den Vorjahren nicht verändert werden muss.

Bündnis 90 Seite 139
Die Grünen: Sind die erhöhten Kosten für die Sachkundigen Bürger gem. Beschluss der konst. Sitzung des Rates bereits eingerechnet?

Antwort:
 siehe vorherige Antwort

1.11.03 – Verwaltungsleitung

SPD: Seite 147
 SK 458300 Auflösung Rückstellungen für Altersteilzeit
 Betrag taucht nicht im Ansatz Zeile 7 auf

Antwort:
 Die Auflösung der Altersteilzeitrückstellung wird mit den Aufwendungen verrechnet und ist daher in den Personalaufwendungen Zeile 11 enthalten.

SPD: Seite 148
 Erklärung für eine Aufstockung des Stellenplanes um eine Planstelle
 Beamte fehlt

Antwort:

Es handelt sich um die neu ausgeschriebene Stelle des „Allgemeinen Vertreters“.

1.11.04 – Personalmanagement

SPD: Seite 151, Zeile 6, 7, 12, 27/28
Ansätze schwanken massiv – Erklärung fehlt

Antwort:

zu Zeile 6: Beschäftigungszuschuss nach § 16 SGB II für einen Beschäftigten, der in 2009 eingestellt wurde.

zu Zeile 7: Hier wurden in 2009 die Auflösungen der Rückstellung Versorgungsempfänger erfasst

zu Zeile 12: Die Versorgungsaufwendungen wurden erstmals im Produktbereich 1.11.04 veranschlagt. Der Ansatz ergibt sich aus der tatsächlich zu zahlenden Versorgungsumlage, Beihilfen für Versorgungsempfänger und die Veränderungen zu den Rückstellungen, s. hierzu auch Seite 60

SPD: Seite 152, SK 442100, SK 501900
Erklärungsbedarf Zivildienst

Antwort:

Bisher wurden zwei Zivildienstleistende auf dem Bauhof und auf den Friedhöfen beschäftigt; durch die Gründung des TeBEL werden nur noch Kosten für einen Zivildienstplatz im Umweltschutz veranschlagt. Dadurch vermindert sich auch die Erstattungsleistung des Bundesamtes für den Zivildienst. Dieser Betrag ist im Ansatz SK 442100 enthalten (s. auch Erläuterung zu Zeile 6)

SPD: Seite 153, Zeile 6, 11
Ansätze schwanken massiv – Erklärung fehlt

Siehe 2. Antwort zuvor im Teilergebnisplan (hier Teilfinanzplan).

SPD: Seite 154
Erklärung für Aufstockung Stellenplan fehlt

Antwort:

Es handelt sich um zwei Beschäftigte, die aus organisatorischen Gründen dem Produktbereich Personal kostenmäßig zugeordnet werden, weil sie in den Fachbereichen, denen sie bisher angehörten, nicht mehr eingesetzt werden können.

Bündnis 90 Seite 154
Die Grünen: Warum wird im Personalmanagement Personal aufgebaut?

Antwort:
siehe Antwort SPD

1.11.08 – Zentrale und technische Dienste

CDU: Welches ist der Stand der technologischen Umsetzung für bessere DSL-Anbindung? Kommen wir in alle Orte mit den vorgesehenen Maßnahmen über Konjunkturpaket II?

:

Antwort:

Nach Schmitzhöhe ist die Verbesserung der DSL-Verfügbarkeit per Glasfasertechnik im IP-Klause bis zum Industriegebiet im Leppetal geplant (voraussichtlicher Baubeginn Jan. – Mai 2010).

In einem weiteren Schritt soll der Ausbau des DSL-Netzes für die Ortschaften Frielingsdorf und Scheel (ebenfalls per Glasfasertechnik) erfolgen. Die Gemeinde Lindlar beabsichtigt die Leerrohrverlegung zu übernehmen, um die Deckungslücke zu den tatsächlichen Gesamtkosten zu minimieren. Die Finanzierung der Verlegungskosten soll aus dem Konjunkturpaket II erfolgen. Die Trassenbegehung mit der Telekom und der RheinEnergie hat bereits im August 2009 stattgefunden. Trotz mehrfacher Erinnerungen hat die Telekom der Gemeinde das notwendige Kartenmaterial noch nicht zur Verfügung gestellt. Insgesamt gestaltet sich die Zusammenarbeit mit der Telekom etwas schwierig.

Die weiterführende Planung umfasst die Ortschaften Brochhagen, Hartegasse und Kapellensüng sowie Linde. Aufgrund der Anschlussnehmerzahlen geht die Telekom für diese Ortschaften ebenfalls von einer Unterdeckung aus, was von der Verwaltung bezweifelt wird. Eine Kostenkalkulation wurde der Verwaltung von der Telekom bisher immer noch nicht vorgelegt.

Aus heutiger Sicht werden trotz der v.g. gemeindlichen Planung nicht alle Ortschaften und Weiler mit der Glasfasertechnik versorgt sein. Für diese Ortschaften und Weiler hofft die Verwaltung auf die baldige Einigung der Provider zur Nutzung der sog. „digitalen Dividende“, das ist die Nutzung der Radio- und Fernsehfrequenzen, die durch den Wechsel von der analogen zur digitalen Signalübertragung freigewordenen sind. Alternativ könnte die DSL-Verfügbarkeit durch Richtfunk oder über das UMTS-Netz erreicht werden.

SPD: Seite 172, SK 543100
Warum Anstieg Verbrauchsmaterial um 1/3

Antwort:

Die Erhöhung ergibt sich aus der Notwendigkeit, die Sitzungseinladungen und –niederschriften aus der Legislaturperiode 2004/2009 in Buchform einzubinden.

1.11.01 – Finanzen, Steuern, Rechnungswesen

SPD: Seite 187, Zeile 17
Schwankungen Jahrgänge 2008-2010 ff. Erklärung?

Antwort:

Durch die Kündigung eines Mitarbeiters wurde die Rückstellung für die Versorgungsverpflichtungen aufgelöst. Des Weiteren wurden in 2010 40.000 € für die anstehende Prüfung der Jahresabschlüsse durch die GPA NRW veranschlagt.

SPD: Seite 189, Zeile 15
Schwankungen Jahrgänge 2008-2010 ff. Erklärung?

Antwort:

Die Antwort wurde bereits zuvor zum Teilergebnisplan gegeben. An dieser Stelle handelt es sich um den Teilfinanzplan der die reine Geldplanung wiedergibt. Im Teilergebnisplan sind nicht nur Geldzahlungen, sondern auch Abschreibungen und Auflösungen von Sondervermögen, sowie Erträge und Aufwendungen aus der internen Leistungsbeziehung, enthalten.

1.11.11 – Zentrales Grundstücks- und Gebäudemanagement

CDU: Wie haben sich die Kosten für Energie in der J.-K.-Schule entwickelt? Wie sieht der Amortisierungsplan aus für die Mehrkosten? Ist ein Einsatz z. B. beim evtl. Neubau des Kindergartens empfehlenswert?

Antwort:

Im Jahr 2008 sind in der JKS Energiekosten (nur Strom) in Höhe von rund 10.328 € angefallen.

In den hinsichtlich der Bausubstanz und der Größe vergleichbaren GGS Lindlar-West und GGS Lindlar-Ost sind im gleichen Zeitraum Energiekosten (Strom und Gas) in Höhe von 12.742 €, bzw. 19.895 € angefallen.

Je Quadratmeter Nutzfläche sind somit in der JKS Energiekosten in Höhe von 5,92 €/m², in der GGS Lindlar-West in Höhe von 7,04 €/m² und in der GGS Lindlar-Ost in Höhe von 9,04 €/m² entstanden.

Umgerechnet bedeutet dies, dass durch die Erdwärmeanlage der JKS im Jahr geschätzt ca. 3.695 € im Vergleich zu einer konventionellen Heizungsanlage gespart werden.

Bei zusätzlichen Investitionskosten von rund 96.000 € (Vergleich Herstellung Wärmepumpenanlage zu Gasbrennwertanlage) für die Erdwärmeanlage wird sich diese erst in nach einer Laufzeit von rund 26 Jahren amortisiert haben. Bei einem weiteren Anstieg der Gaspreise könnte die Amortisationsphase auch kürzer ausfallen.

Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Gemeinde Lindlar mit dieser Pilotanlage in der JKS ein Zeichen zur Förderung von regenerativen Energien setzen wollte und sich bewusst war, dass die Wahl der Anlage, wie in der Sitzung des Bau- und Planungsausschusses vom 29.08.2006 (TOP 9) dargestellt, zwar zu einem geringeren Energieverbrauch aber insgesamt höheren Anschaffungskosten führen würde.

CDU: Wie haben sich die Veränderungen der Nutzungsgebühr der gemeindlichen Hallen ausgewirkt? Wie entwickelt sich die Anzahl der Veranstaltungen auch auf dem Hintergrund zahlreicher Veranstaltungen für die Kunstrasenplätze in den Kirchdörfern?

Antwort:

Die Anzahl der Veranstaltungen in den gemeindlichen Hallen ist, bis auf einer vorübergehende Abnahme im ersten Jahr nach der Einführung der Nutzungsentgeltrichtlinie, konstant geblieben. Der überwiegende Teil der Veranstaltungen erfolgt nach den Bestimmungen der Richtlinie ermäßigt oder kostenfrei.

SPD: Seite 193, Zeile 13
Schwankungen Jahrgänge 2008-2010 ff. Erklärung?

Antwort:

Die angefragte Zahl beinhaltet die auf Seite 194 des Haushaltsplanentwurfs aufgeführten Einzelansätze

Die Schwankungen sind in erster Linie auf die immer (aktuell nicht zuletzt auch wegen der Weltwirtschaftskrise) starken Veränderungen unterworfenen Energiekosten sowie die Kosten für die Gebäudeunterhaltung zurück zu führen. Hinsichtlich der Veränderungen bei der Gebäudeunterhaltung wird auf die Antwort zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu Seite 66 des Haushaltsplanentwurfes verwiesen.

SPD: Seite 194, SK 523720
Anstieg um über 30.000,-€ - Erklärung?

Antwort:

Im Jahr 2008 wurde das Arbeitsverhältnis mit einer im Reinigungsbereich eingesetzten gemeindlichen Bediensteten beendet. Die frei gewordene Stelle wurde nicht neu besetzt, sondern das entsprechende Reinigungsrevier (in der Realschule) an die Fremdreinigungsfirma vergeben. Hierdurch haben sich die Kosten der Fremdreinigung, die so bei der Anmeldung des Haushaltes 2008 noch nicht abgesehen werden konnten, erhöht. Dieser Erhöhung stehen aber Einsparungen im Personalbereich gegenüber.

Darüber hinaus wird ab dem 01.01.2010 der Tariflohn im Gebäudereinigerhandwerk um 3,1 % steigen. Diese Lohnsteigerung wird durch die Reinigungsfirma an die Gemeinde als Auftraggeberin weitergegeben werden.

**Bündnis 90
Die Grünen:** S.194
Warum steigen die Gebäudereinigungskosten?

Antwort:
Siehe Antwort zur vorherigen Anfrage.

SPD:

Antrag

Seite 196

Die SPD-Fraktion beantragt eine Aufstellung der Gebäude- und Sportplatzeinzelkosten ohne Abschreibungen, Verzinsungen u.ä.

Begründung: Erst so können die konkreten jährlichen Unterhalts-(Sach-)kosten gegenübergestellt und die Unterschiede ermittelt werden (War bereits in den Vorjahren von uns angeregt bzw. beantragt worden). Ferner erwarten wir eine Begründung für die erheblichen Unterschiede (positiv wie negativ) zu den Zahlen von 2009

Antwort:

Seitens des ZGM werden im Rahmen der Haushaltsmittelbeantragung solche, nach Einzelkosten, Kostenstellen und Sachkonten getrennte Aufstellungen der Gebäude und Sportplätze erstellt und der Kämmerei zur Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs weitergereicht. Seitens des ZGM und der Kämmerei wird derzeit geprüft, wie die gewünschten Zahlen aus dem SAP-System zur Verfügung gestellt werden können. Es ist beabsichtigt, diese in der 1. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses 2010 vorzulegen.

Hinsichtlich der Nachfrage zu einer Begründung für die Unterschiede zu den Zahlen 2009 wird beispielhaft auf die vorstehend beantworteten Anfragen zu den Gebäudeunterhaltungskosten sowie die Energiekosten verwiesen.

SPD:

Seite 196

Ferner wird die Verwaltung gebeten, die Zukunftsrisiken im Hinblick auf die Erhaltungsaufwendungen für die Kunstrasenplätze aufzuzeigen

Antwort:

Bei Kunstrasenplätzen ist nach derzeitigem Erkenntnisstand von einer Nutzungsdauer von 15 Jahren auszugehen. Nach dieser Zeit ist ein neuer Kunstrasenbelag einschließlich der Sand-Gummi-Granulatverfüllung vorzusehen. Die Kosten werden mit 150.000 – 180.000 € je Platz geschätzt.

In einigen Kommunen werden deswegen ab Fertigstellung des Platzes entsprechende Rücklagen zur Finanzierung des neuen Belages gebildet und Vereine, soweit sie den Platz mitnutzen, daran beteiligt. Solche Vereinbarungen sind in Lindlar (noch) nicht getroffen worden.

Zusätzlich ist mit Kosten in Höhe von ca. 2.000 – 2.500 € pro Jahr und Platz für die Grundpflege und Kosten für den Ersatz des Gummigranulates zu rechnen.

Insbesondere in Köttingen kann es durch die Lage des Platzes in Waldnähe zu verstärkten Verschmutzungen durch Flugsamen, Laub, Nadeln, Veralgung und Vermosung kommen, die mehr als eine jährliche Grundpflege erforderlich machen.

Im Übrigen wird auf das Informationsmaterial und die Vergleichsrechnungen verwiesen, die zu den Beratungen 2007/2008 über den Kunst-rasenplatz mit –laufbahn für die weiterführenden Schulen in Lindlar-Ort verwiesen.

SPD: Seite 204, statistische Kennzahlen Gebäude
In 2008 84 und in 2010 46 Gebäude – Erklärung fehlt

Antwort:

Die im Jahr 2008 angegebene Kennzahl war falsch, so dass eine Korrektur erfolgen musste. Die nunmehr angegebenen und tatsächlich vorhandenen 46 Gebäude können im Einzelnen auch auf Seite 196 des Haushaltsplanentwurfs eingesehen werden.

1.12 – Sicherheit und Ordnung

SPD: Seite 206, Zeile 13
Worin begründet sich die Erhöhung um 123.000 €

Antwort:

Hierin sind die Aufwendungen für den TeBEL enthalten.

1.12.01 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung

CDU: Das Fehlen öffentlicher Toiletten auf dem Markplatz sorgt für Unmut, auch wegen der Verschmutzung an anderer Stelle. Die Verwaltung möge sich dafür einsetzen, dass in Verbindung mit dem Altenheimneubau ein solches Angebot vorgesehen wird.

Antwort:

Die Verwaltung wird sich diesbezüglich mit dem Bauherrn in Verbindung setzen.

**Bündnis 90
Die Grünen:** S.211
Warum sind in 2009 die öffentlich-rechtlichen Erträge und sonst ordentlichen Erträge ungewöhnlich hoch?

Antwort:

In Abstimmung mit dem FB Finanzen ist festgestellt worden, dass es sich um Übertragungs- bzw. Schreibfehler gehandelt hat. Die Ansätze für 2010 wurden entsprechend dem Ergebnis 2008 bzw. dem zu erwartenden Ergebnis 2009 angepasst.

SPD: Seite 212, SK 531800, SK 452110
Warum ist der Ansatz auf 0,-?
Warum Reduzierung Bußgelder um die Hälfte?

Antwort:

Der Ansatz für 2010 auf dem Sachkonto 452110 (Bußgelder) beträgt nicht 0,- € sondern 1.000,- € und wurde entsprechend dem Ergebnis 2008 und dem zu erwartenden Ergebnis für 2009 – nicht zuletzt auf Grund geringerer Fallzahlen – angepasst.

1.12.02 – Gewerbe- und Marktwesen, Gaststätten

CDU: Wir möchten den Einzelhandel vor Ort fördern. Wie unterstützt die Verwaltung die Ansiedlung von fehlenden bzw. ergänzenden Angeboten?

Antwort:

Auf unserer Web-Site unter „Wirtschaft“ haben wir Hinweise für die „Existenzgründung“ und einen „Verwaltungswegweise“ für mittelständische Unternehmen. Außerdem ist dort unser „Servicesversprechen“ nachzulesen. D.h:

- wir reagieren auf Anrufe oder E-Mails spätestens am nächsten Arbeitstag.
 - Bei Anfragen zu Verwaltungsverfahren wird der Eingang der Anfrage innerhalb von 3 Arbeitstagen unter Nennung einer Ansprechperson bestätigt.
 - Zur Erörterung des Anliegens bieten wir eine Besprechung innerhalb von 5 Arbeitstagen – gerne auch in den Firmenräumlichkeiten – an.
- Leerstehende (oder vom Leerstand bedrohte) gewerbliche Immobilien können auf der Web-Site der Gemeinde Lindlar unter „Wirtschaft“ kostenfrei eingetragen werden, sofern der Eigentümer dies wünscht.
- Bei Nachfragen eines Investors unterstützt ihn die Gemeinde, die kompetenten Ansprechpartner für sein Projekt bei den Behörden zu finden. Der Gemeinde ist es daran gelegen, dem Investor das begründete Gefühl zu geben, dass die Gemeindeverwaltung ihn hilfreich unterstützt, sein Projekt zu realisieren.

SPD: Seite 217, Zeile 17
Wie ist die Erhöhung des Ansatzes zu begründen?

Antwort:

In der Position sind die neuen Aufwendungen für den TeBEL enthalten.

SPD: Seite 218
Die Verwaltung wird gebeten, die Abweichungen in den einzelnen Sachkonten im Gewerbe- und Marktwesen, Gaststätten zu begründen

Antwort:

Die Ansätze entsprechen dem zu erwartenden Ergebnis in 2009.

Durch die Änderung des Gaststättengesetzes bedürfen Beherbergungsbetriebe und Speisewirtschaften ohne Alkoholausschank keiner Erlaubnis. Dies führt zu Mindereinnahmen insbesondere bei den sog. Gestattungen nach § 12 GastG (Imbissstände z.B. auf Jahrmärkten und Volksfesten).

Die Festsetzungsgebühren für das Maifest und den Kunsthandwerkermarkt wurden aufgrund des überwiegend öffentlichen Interesses an der Durchführung dieser Veranstaltungen nicht erhoben.

1.12.03 – Verkehrsangelegenheiten

SPD: Seite 224 und 226
Wie ist das Verhältnis, weniger Planstellen bei gleichen Kontrollstunden und höheren Bußgeldern zu begründen?

**Bündnis 90
Die Grünen:** Seite 224
Warum werden steigende Einnahmen aus Bußgeldern bei sinkender Mitarbeiterzahl erwartet?

Antwort:

Die Ansätze entsprechend dem zu erwartenden Ergebnis 2009.

Insbesondere durch die Erweiterung der Haltverbotszone ist ein effektiveres Kontrollieren ermöglicht worden mit der Folge von höheren Einnahmen im Bereich der Verwarngelder und infolgedessen auch der Bußgelder.

1.12.04 – Einwohnerangelegenheiten

CDU: Wie entwickeln sich die Einwohnerzahlen in den Wohngebieten? Welche Wanderungsbewegungen sind feststellbar? Wie sieht die jeweilige Altersstruktur aus?

Antwort:

Bei der Abfassung der Stellungnahme wurde deutlich, dass die aktuellen Zahlen für die Bevölkerungsprognose noch genauer hinterfragt werden müssen, um Fehlinterpretationen auszuschließen. Die Verwaltung wird auf die Anfrage nach Abschluss der Prüfung im Gemeinderat berichten.

SPD: Seite 231, Zeile 5
Warum wird – trotz Ausdünnung der Jahrgänge – mit einem Anstieg der Führerscheinanträge gerechnet?

Antwort:

Mit Stand zum 26.11.2009 wurden bereits 571 Führerscheinanträge gestellt, also ca. 150 Anträge über der Prognose für das Haushaltsjahr 2009. Der Fachbereich geht davon aus, dass zunehmend mehr Anträge auf den „Führerschein ab 17“ gestellt werden.

1.12.05 – Personenstandswesen

SPD: Seite 234, Zeile 16
Steigerung ist nicht nachvollziehbar

Antwort:

Bei dem Ansatz „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ handelt es sich um einen Eingabefehler. Die Korrektur erfolgt im Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2010.

SPD: Seite 236, Zeile 15
Begründung Anstieg „Sonstige Auszahlungen“ fehlt

Antwort:

Bei dem Ansatz „ Sonstige Auszahlungen „ handelt es sich um einen Eingabefehler. Die Korrektur erfolgt im Veränderungsnachweis zum Haushaltsplan 2010.

1.12.07 – Feuerschutz

CDU: Wir hätten gerne eine Aufstellung der Führerschienerwerbe bei der Feuerwehr

Antwort:

In Abstimmung mit dem Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr Lindlar wurden für das lfd. Haushaltshaltsjahr 2009 sechs aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Lindlar für den Erwerb des Führerscheines der Klasse CE gemeldet. Der Auftrag zur Durchführung der Schulung wurde auf der Grundlage des Vergabeverfahrens an eine in der Gemeinde Lindlar ansässige Fahrschule vergeben. Die Kosten je Führerschein betragen 1.768,67 EUR, für 6 Personen insgesamt 10.612,02 EUR.

Nach einer mit den Fahrschülern abgeschlossenen Vereinbarung sind diese verpflichtet, ggf. entstehende Mehrkosten für diese Ausbildung an die Gemeinde Lindlar zu erstatten. Sollte ein Fahrschüler die Ausbildung vorzeitig abbrechen, gehen alle Kosten zu Lasten des Fahrschülers. Auch die mit den Fahrschülern abgeschlossene Vereinbarung wurde mit der Wehrführung abgestimmt. Für das Haushaltsjahr 2010 sollen ebenfalls wieder aktive Feuerwehrleute für die Führerscheinausbildung vorbehaltlich der verfügbaren Haushaltsmittel angemeldet werden.

1.21 – Schulträgeraufgaben

SPD: Seite 254, Zeile 20
Im HPL 2009 belief sich der Ansatz für 2010 auf 25.573,-€, im HPL 2010 werden nur noch 5162 € ausgewiesen, sind darüber hinaus die geringen Werte für die Folgejahre realistisch?

Antwort:

Im HPL 2009 betrug der Ansatz für 2010 2.498 € und nicht wie oben angegeben 25.573 €. Es handelt sich hier um die Schulbushaltestellen.

SPD: Seite 255, Zeile 26
Wieso verringert sich der Ansatz um 77.000,- €?

Antwort:

Im Jahr 2009 war die Ausstattung der Schülercafès für das Gymnasium und die Realschule als besondere Maßnahme veranschlagt.

1.21.01 – Zentrale Leistungen für Schüler

CDU: Wie sind die sehr großen Unterschiede in den Kosten pro Schüler in gleichen und in unterschiedlichen Schulformen zu erklären?

Antwort:

Die schulbedingten/unterrichtsbedingten Ausgaben setzen sich zusammen aus Sockelbeträgen und Beträgen pro Schüler oder Klasse. Somit sind die Kosten für alle Schulen/Schüler vergleichbar. Die hohen Unterschiedsbeträge bei den Aufwendungen je Schüler resultieren aus den unterschiedlichen Gesamtschülerzahlen der einzelnen Schulen, da auch die Kosten für das Gebäude etc. ebenfalls auf die Anzahl der Schüler umgelegt werden.

SPD: Seite 258, Zeile 20
Ergebnis 2008 fehlt

Antwort:

Hier ist in 2008 keine Zinsverteilung vorgenommen worden.

SPD: Seite 259, Zeile 13, SK 524100
Wie ermittelt sich der Ansatz von 444.000 € für Schülerbeförderung Linienverkehr? Bei einem Zugrundelegen von den Schülerzahlen und Beförderungskosten aus den stat. KZ von S 262 ergibt sich ein Wert von 557.634 € (1207 Schüler x 462 Kosten/Schüler)

Antwort:

Die stat. KZ 1207 in der Schülerbeförderung ist die Gesamtzahl aller zu befördernden Schüler. Es werden 245 im Schülerspezialverkehr (an-

gemietete Schulbusse) und 962 mit Linienbussen der OVAG befördert. Die stat. KZ ist zu ändern auf: Schülerbeförderung ÖPNV (Anz): 962 oder Schülerbeförderung ÖPNV und Spezialverkehr 1207

SPD: Seite 259, SK 542900
Warum ist der Ansatz Rechte und Dienste auf 0€?

Antwort:
Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans ist für das Jahr 2010 noch nicht vorgesehen.

SPD: Seite 262
Wie sind die massiven Schwankungen in der Mitarbeiterzahl (2008:12, 2009: 3, 2010:12) zu begründen?

Antwort:
Im Ansatz 2009 handelt es sich um einen Übertragungsfehler: Bei den tariflich Beschäftigten muss die Zahl 10 statt 1 stehen.

SPD: Seite 262, Stat. Kennzahlen, Zeile 5
Die Verwaltung wird gebeten, die Statistische Kennzahl „Gruppen an Grundschulen“ und deren Entwicklung (2008-2010) näher zu erläutern

Antwort:
Die Angabe Gruppen bezieht sich auf die OGS Gruppen. In 2009 waren hier Klassen angegeben, dies war nicht richtig.

1.21.02 – GGS Frielingsdorf

SPD: Seite 267, SK 542120 und 543500
Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob ein Wechsel zu einem günstigeren Telefon-Provider möglich ist, da die Kosten bei den Grundschulen im Vergleich zu den weiterführenden Schulen außergewöhnlich hoch sind.

Antwort:
Eine Überprüfung durch den FB Zentrale Dienste wird zugesagt.

1.21.04 – GGS Lindlar-Ost

SPD: Seite 283, Zeile 13 und 16
Die Summe der einzelnen Sachkonten stimmt nicht mit S 282, Zeile 13 bzw. 16 überein. Ist diese nicht abschließend?

Antwort:

In den Aufwendungen sind auch noch anteile Porto und Telefongebühren für die Schulverwaltung enthalten, die nicht aufgeführt sind.

1.21.05 – GGS Lindlar-West

SPD: Seite 291, Zeile 13
Die Summe der einzelnen Sachkonten stimmt nicht mit S 290, Zeile 13 überein. Ist diese nicht abschließend?

Antwort:

Siehe Antwort wie zuvor.

1.21.06 – GGS Schmitzhöhe

SPD: Seite 299, Zeile 13
Die Summe der einzelnen Sachkonten stimmt nicht mit S 298, Zeile 13 überein. Ist diese nicht abschließend?

Antwort:

Siehe Antwort wie zuvor.

1.21.08 – Hauptschule

SPD: Seite 316, Zeile 13
Die Summe der einzelnen Sachkonten stimmt nicht mit S 315, Zeile 13 überein. Ist diese nicht abschließend?

Antwort:

Siehe Antwort wie zuvor.

SPD: Seite 317, SK 542120
Miete für Betriebs- und Geschäftsausstattung ist zu 2009 von 7.400 auf 4.900 € gefallen. Wurden Verträge gekündigt?

Antwort:

Der Mietvertrag für die Telefonanlage der Hauptschule wurde gekündigt. Die bisher angemietete Anlage wird zum 1.1.2010 (aufgerüstet) gekauft.

1.21.10 – Gymnasium

SPD: Seite 337, SK 542120
Miete für Telefon nur 200,- €?

Antwort:

Es handelt sich hier um das Notruf-Telefon im Aufzug des Gymnasiums.

SPD: Seite 348, Zeile 11
Hohe Differenz zu 2009 in den Personalaufwendungen wurde nicht erklärt

Antwort:

Ab Mitte 2008 wurden die Prozentanteile der Mitarbeiterin von Lindlar-Kultur zur Durchführung der 900-Jahr-Feier für den Bereich 1.25.01 angehoben sowie in 2009 erhöhte Personalkosten für Mehrarbeitsstunden veranschlagt.

1.25.01 – Kommunale Veranstaltungen

SPD: Seite 348/349, Zeile 10, SK 441100 und 452800
Warum keine Erträge mehr in 2010 ff.? Begründung fehlt.

Antwort:

Der Kulturetat wurde in 2005 von 11.000 € auf 4.500 € gekürzt und ist als Zuschuss zu den kulturellen Veranstaltungen anzusehen.

SPD: Seite 351, Stat. Kennzahlen
Wie ist der Anstieg der Anzahl der Veranstaltungen von 3 auf 10 zu erklären?

Antwort:

	2009		2010
Plan	3		10
Ist	13	bisher	5

Erstmals wurden in 2009 die Ausstellungen zu den Veranstaltungen hinzu gezählt. Durch das Jubiläumsjahr stieg die Zahl der Veranstaltungen stark an.

1.25.02 – Förderung kulturtragender Vereine

Bündnis 90 Seite 355
Die Grünen: Warum sinkt die Anzahl der „Kulturtragenden Vereine“ von 62 auf 48?

Antwort:

Viele Vereine in der Gemeinde Lindlar tragen zur Pflege und zum Erhalt des kulturellen Lebens bei. Es findet ein ständiger Wandel statt; Vereine gründen sich neu, andere lösen sich auf. (Beispiel: Kirchenchor Süng und MGV Liederkranz lösen sich auf; die Sänger verteilen sich teilweise auf andere Chöre).

1.25.03 – Kreisvolkshochschule

CDU: Unter welchen Umständen und mit welchen Kosten sind Ferienseminare (KVHS) für junge Leute in Lindlar durchführbar?

Antwort:

Hierzu liegt eine Anfrage der Gemeindeverbandsvorsitzenden der Jungen Union Lindlar vor. Diesbezüglich hat am 20.10.2009 ein gemeinsames Gespräch mit der Kreisvolkshochschule stattgefunden. Dabei stellte sich heraus, dass es bei der Anfrage in erster Linie um die Prüfungsvorbereitung auf die Zentralprüfung für die Fachoberschulreife geht. In dem Kurs soll die Struktur von Prüfungsabläufen vermittelt sowie eine Vertiefung des Stoffs in den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch vorgenommen werden. Gewünscht wird, dass diese Kurse in den Osterferien angeboten werden.

Die Kreisvolkshochschule hat eine Prüfung dieses Anliegens zugesagt, ein Ergebnis liegt aber noch nicht vor.

SPD: Seite 358, Stat. Kennzahlen
Die Anzahl der VHS-Kurse verdoppelt sich in 2010 nahezu, Begründung hierzu fehlt. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob das zu Lasten der ortsansässigen Vereine geht.

Antwort:

Nach Rücksprache mit Frau Cosler, Abteilungsleiterin der KVHS: Die Zahl 110 bezieht sich auf das Kalenderjahr, pro Semester gibt es ca. 55 Kurse. Im Haushaltsplan 2009 war versehentlich nur die Zahl der Kurse pro Semester genannt. Damit liegen die Werte auf dem Vorjahresniveau.

**Bündnis 90
Die Grünen:** Seite 358
Warum steigt die Anzahl der VHS-Kurse von 60 auf 110 bei sinkenden Aufwendungen? (Bildungsoffensive in Lindlar?)

Antwort:

Siehe Antwort oben.

1.25.05 – Bibliothek

SPD: Seite 365, Zeile 28/29
Warum sind die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen zum Ergebnis 2008 exorbitant gestiegen?

Antwort:

In Durch den Wegfall des Bauhofs als Kostenträger werden die Kosten auf die anderen Produkte mitverteilt und somit steigen dort die Kosten aus der internen Leistungsverrechnung.

1.31 – Soziale Leistungen

SPD: Seite 376, Zeile 11
Anstieg Personalaufwendungen von 2008 auf 2009 um 105.000€, in 2010 wird dieses Niveau ungefähr gehalten. Wie ist der Anstieg zu begründen?

Antwort:

Im Ist-Ergebnis 2008 sind die Versorgungsaufwendungen und die Pensions- und Beihilferückstellungen nicht in den Personalaufwendungen enthalten, im Haushaltsansatz 2009 wurden sie aber darunter erfasst.

1.31.01 – Hilfen bei Einkommensdef. und Unterstützungsleistungen

SPD: Seite 380, Zeile 11
Um Erklärung zu den Schwankungen in den Personalaufwendungen wird gebeten.

Antwort:

Abweichungen zwischen 2008 und 2009 siehe wie vor. In 2010 sind die Versorgungsaufwendungen und Rückstellungen im Ansatz nicht enthalten, Erhöhungen gegenüber 2008 ergeben sich aber aus allgemeinen Erhöhungen und Beförderungen in 2009, die in 2010 ganzjährig veranschlagt werden.

SPD: Seite 380, Zeile 29
Verdopplung des Ergebnisses 2008 zum Ansatz 2010

Antwort:

Das Ergebnis 2008 beläuft sich vor Berücksichtigung der internen Leistungsverrechnung auf -44.972 € und für 2010 auch -12.046 € kalkuliert. Bei der ARGE erfolgte eine Personalreduzierung. Bei der internen Leistungsverrechnung erfolgte eine Verschiebung.

SPD: Seite 381, SK 544300
Was genau ist der „Deutsche Verein“?

Antwort:

Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. ist der Zusammenschluss u.a. der öffentlichen und privaten Träger sozialer Arbeit. Es ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein mit über 2.500 Mitgliedern. Hierzu zählen auch Städte und Gemeinden und ihre Spitzenverbände. Monatlich erscheint eine Fachzeitschrift. Es handelt sich um den führenden Sozialverband.

1.31.02 – Sozialversicherungsangelegenheiten

SPD: Seite 386, Zeile 11
Personalaufwendungen seit 2008 erhöht, Begründung nicht ersichtlich

Antwort:
Durch Ende einer Altersteilzeitbeschäftigung in 2008 musste die Rückstellung aufgelöst werden; die Wiederbesetzung erfolgte durch eine Teilzeitkraft.

1.31.04 – Hilfen nach Asylbewerberleistungsgesetz

SPD: Seite 394, Zeile 10
Die Verwaltung wird gebeten, den Rückgang der Erträge zu erklären.

Antwort:
Eine Abrechnung mit dem Land ist nur bis zum Abschluss des Asylverfahrens möglich. Wird anschließend eine Duldung vom Ausländeramt erteilt, müssen weiterhin Leistungen nach dem AsylbLG gezahlt werden. Eine Abrechnung mit dem Land ist dann nicht möglich. Die Kalkulation nach den heutigen Asylzahlen sieht den Rückgang vor.

SPD: Seite 394, Zeile 11
Personalaufwendungen seit 2008 erhöht, Begründung nicht ersichtlich

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11 sowie Veränderung von Prozentanteilen beim Fachbereichsleiter

1.31.05 – Asylbewerber-, Aussiedler-, Notunterkünfte

SPD: Seite 400, Zeile 13
Erhöhung der Sach- und Dienstleistungen von 700€ auf 5700€ ist nicht erklärbar (siehe Planerläuterungen zu Zeile 13 S. 401)

Antwort:
Hierin sind die Aufwendungen für den neuen TeBEL enthalten.

1.31.06 – Seniorenarbeit

SPD: Seite 407, Zeile 11
Personalaufwendungen seit 2008 erhöht, Begründung nicht ersichtlich

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11

SPD: Seite 407, SK 531900
Die Verwaltung wird um eine Aufschlüsselung nach Empfänger über die Verwendung der Mietzuschüsse und Gelder für die allgemeine Seniorenarbeit gebeten.

Antwort:
Siehe Seite 2. Weitere Zuschüsse müssen vom Sozialausschuss oder AK Senioren beschlossen werden.

SPD: Seite 410, Zeile 11
Personalaufwendungen seit 2008 erhöht, Begründung nicht ersichtlich

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11 sowie Veränderungen bei den Prozentanteilen

1.36.02 – Kinder- und Jugendarbeit

SPD: Seite 419, SK 452800
Wie kann vor dem Hintergrund der derzeitigen Entwicklung der Anstieg der Gewinnausschüttung der Kreissparkasse für gemeinnützige Zwecke begründet werden? Ist das realistisch?

Antwort:
Bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes im September 2009 teilte die KSK Köln mit, dass in 2010 wieder eine normale Gewinnausschüttung vorgesehen ist. Ob sich diese Gewinnausschüttung in 2010 verringert, hierzu gibt es zurzeit keine näheren Auskünfte.

SPD: Seite 420, Zeile 12
Wie ist der massive Anstieg der Pos. Sach- und Dienstleistungen um 110.000€ zu begründen?

Antwort:
Die Erhöhung begründet sich durch die erstmalige Veranschlagung der Aufwendungen für den TeBEL, Unterhaltung Kinderspielflächen.

1.42 – Sportförderung

SPD: Seite 434, Zeile 28
Wie ist der starke Rückgang der ILV zu begründen. Falls es sich um Bauhofleistungen handelt – Wer erbringt und bezahlt zukünftig?

Antwort:
Hierbei handelt es sich nicht um Bauhofleistungen, sondern es handelt sich um Finanzierungskosten der Realschule und der Vossbruchhalle

die zunächst im Jahr 2007 fälschlicherweise als Capital Lease deklariert wurden. Seit 2008 werden diese Kosten im Istaufwand als Zinsaufwendungen verbucht und werden somit wie Investitionskredite behandelt und fließen dementsprechend anders in die interne Leistungsverrechnung ein.

1.51 – Räumliche Planung und Entwicklung

SPD: Seite 445, Zeile 11
Personalaufwendungen seit 2008 erhöht, Begründung nicht ersichtlich

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11

1.51.01 – Räumliche Planung und Entwicklung

CDU: Gibt es Möglichkeiten im Gemeindegebiet Fahrradwege auszubauen?

Antwort:
Der Bau von Radwegen wird zurzeit im Rahmen der Regionale 2010 geprüft. Für das Lennefertal ist der Landesbetrieb Strassen NRW gebeten worden, einen Radweg zu planen bzw. auszubauen. Grundsätzlich muss jedoch davon ausgegangen werden, dass in absehbarer Zeit keine Mittel der Gemeinde zur Verfügung gestellt werden können.

SPD: Seite 449, Zeile 11
Schwankungen in den Personalaufwendungen werden nicht erklärt

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11

SPD: Seite 451, Zeile 10
Teilfinanzplan – Personalauszahlungen – Starke Schwankungen werden nicht erklärt

Antwort:
Begründung wie zu S. 376, Zeile 11

1.52 – Bauen und Wohnen

SPD: Seite 455, Zeile 11
Schwankungen in den Personalaufwendungen werden nicht erklärt

Antwort:

In 2009 wurden die Personalkosten beim Produkt 1.52.02 doppelt eingegeben. Die Vorjahreszahl wurde in dem Fall nicht gelöscht. Siehe Seite 464 im HPL 2010.

SPD: Seite 455, Zeile 13
Welche Fremdleistungen werden eingekauft?

Antwort:

Hierunter ist auch die Renovierung des Mausoleum mit 33.000 € veranschlagt. Siehe auch Hinweise zu 67 ff.

SPD: Seite 455, Zeile 11
Schwankungen in den Personalaufwendungen werden nicht erklärt

Antwort:

Selbach(Kämmerei bitte selbst beantworten)

Doppelter Ansatz zu Ergebnis 2008, nach meinen Planunterlagen müsste in 2009 ein Betrag von 24350 € stehen

1.53 – Ver- und Entsorgung

SPD: Seite 467, Zeile 28
Wie sind die erheblichen Schwankungen bei den ILV zu begründen?

Antwort:

Bei dem Produkt 1.53.03 - Dienstleistungen für Eigenbetriebe – waren in 2008 noch Mitarbeiter in dem Stellenplanauszug eingetragen. Es handelt sich hierbei um die Mitarbeiter des Eigenbetriebs Gemeindegewerk Wasser und Abwasser Lindlar, Betriebszweig Abwasser. Bei der internen Leistungsverrechnung wurden diese Mitarbeiterstellen bisher mit zugrunde gelegt. Seit 2009 erfolgt hier keine Veranschlagung mehr. Sodass im Produkt 1.53.03 keine internen Leistungsbeziehungen mehr aufgrund der Mitarbeiterzahlen gerechnet werden. Die bisherige Darstellung war nicht ganz korrekt und irritierend.

1.53.03 – Dienstleistungen für Eigenbetriebe

SPD: Seite 481, Zeile 28
Wie sind die erheblichen Schwankungen bei den ILV zu begründen?

Antwort:

Siehe Antwort zuvor.

1.54.01 – Öffentliche Verkehrsflächen**FDP:****ANTRAG**

Seite 491

Ortsumgehung Frielingsdorf wird weitestgehend zeitlich verschoben, um die Finanzen möglichst zu schonen und das Defizit 2010 zu reduzieren.

Antwort:

Die zuwendungsfähigen Baukosten für die Erstellung der Umgehungsstraße betragen 60 % und werden der Gemeinde im Rahmen einer Förderung aus Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Eine entsprechende Zuschussbewilligung liegt vor. Eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme würde die Förderung und die Realisierung gefährden.

Beschlussvorschlag:**Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.**1.54.02 – ÖPNV (Bürgerbus)**CDU:**

Der Ausbau des ÖPNV ist für die Bewohner der Kirchdörfer sehr wichtig: Wie wirkt sich die Umstellung auf den Winterfahrplan aus? Können weitere Verbesserungen erreicht werden? Wir bitten um entsprechende Informationen im Frühjahr. Die Verwaltung möge prüfen, ob und wie eine Zentrale für Mitfahrgelegenheiten für die Bürger in den Kirchdörfern eingerichtet werden kann.

Antwort:

Die Verwaltung wird berichten und die Einrichtung einer Mitfahrzentrale prüfen.

1.54.03 – Winterdienst**SPD:**

Seite 506

Letzte Zeile scheint überflüssig, oder?

Antwort:

Wird gestrichen.

1.55.02 – Friedhofswesen**SPD:**

Seite 521, SK 522700

Wie ist der Anstieg des Wasserverbrauches zu erklären

Antwort:

Im HHJ 2009 wurde der Wasserverbrauch auf dem Friedhof Lindlar auf der Kostenstelle der Kapelle (15515) mit insgesamt 1.100,00 € angemeldet.

Zur besseren Differenzierung wurde nunmehr für das HHJ 2010 der Verbrauch auf der Kostenstelle des Friedhofes (15510) angemeldet. Addiert man die angemeldeten Ansätze des Jahres 2009 in Höhe von 660,00 € (Friedhöfe Scheel, Linde, Süng) und 1.100,00 € (Kapelle Lindlar), ergibt sich eine Summe von 1.760,00 €

- Ansatz 2009- 1.760,00 €

- Ansatz 2010- 1.500,00 €

Es liegt somit kein Anstieg des Wasserverbrauches vor. Die Kosten wurden lediglich auf anderen Kostenstellen angemeldet.

Bezüglich Abwasserkosten für das Jahr 2010 wird ab dem Haushaltsjahr 2009 die neu berechnete Regenwassergebühr eingerechnet. Für das HHJ 2009 konnten diese Kosten noch nicht angemeldet werden.

1.57 – Wirtschaft und Tourismus

SPD: Seite 540

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten, wann der Bereich Tourismus in die BGW überführt wird, zumal Frau Heck Anfang 2010 ausscheidet.

Antwort:

Es ist richtig, das geprüft werden sollte, dass der Bereich Tourismus in die BGW überführt wird. Hierzu hat es auch schon erste Gespräche bei der Kommunalaufsicht gegeben. Die Verwaltung ist bemüht, dieses Thema Anfang 2010 im Aufsichtsrat der BGW auf die Tagesordnung zu setzen.

SPD: Seite 540, Zeile 7

Warum existiert kein Ansatz 2009 – Sonstige ordentliche Erträge- und wie ist der massive Anstieg seit 2008 erklärbar?

Antwort:

Es handelt sich um die Auflösung der Altersteilzeitrückstellungen für eine Mitarbeiterin, die in 2010 in Altersteilzeit geht.

1.57.02 – Tourismus

SPD: Seite 548, Zeile 7

Warum existiert kein Ansatz 2009 – Sonstige ordentliche Erträge- und wie ist der massive Anstieg seit 2008 erklärbar?

Antwort:

Siehe Antwort wie zuvor.

1.61.02 – Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

SPD: Seite 569, Zeile 20

Die Verwaltung wird gebeten, zu den voraussichtlichen künftigen Zinsrisiken für die Kassenkredite, insbesondere vor dem Hintergrund eines möglichen Zinsanstieges Stellung zu nehmen.

Antwort:

Der Bedarf an Liquidität soll auch zukünftig möglichst durch längerfristige Kreditaufnahmen – im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten – abgesichert werden. Diese sehen jedoch vor, dass „die Gemeinde dafür Sorge zu tragen hat, dass der Anteil mehrjähriger Zinsvereinbarungen im Gesamtbestand nicht wesentlich überwiegt“. Zur Zeit überwiegen die längerfristigen Kreditaufnahmen im Bestand. Daher ist die Verwaltung bei der Fixierung des neuen Liquiditätsbedarfs entsprechend einer Mitteilung der Bezirksregierung Köln aufgefordert, diese Summen anzupassen und in kurzfristige (≤ 1 Jahr) umzuwandeln.

**Bündnis 90
Die Grünen:**

Seite 569

Aufgrund welcher prognostischer Daten zu Zinssätzen werden die Zinskosten geplant? Sind 2,5% für Kassenkredite auf längere Sicht realistisch?

Antwort:

Kassenkredite erhält man zurzeit im kurzfristigen Bereich, d. h. Tagesgelder für unter 1 Prozent. Sollte man jedoch Kassenkredite für einen längeren Zeitraum aufnehmen, muss man hierfür höhere Zinsen zahlen. Aus diesem Grunde handelt es sich bei dem angenommenen Zinssatz von 2,5 Prozent um einen plausiblen Durchschnittszins.

FDP:

ANTRAG

Organisationsanalyse hausintern durch die Verwaltung selbst. Dadurch, dass der Bauhof in Eigenregie ab 01.01.2010 arbeitet, ergibt sich eine Umstrukturierung, die die FDP im Rahmen des NOTHAUSHALTS nutzen möchte, die Organisation selbst zu analysieren und auf Optimierungen hin zu untersuchen und zu verändern, sofern Einsparpotential erkennbar wird. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Situation des nicht genehmigungsfähigen Haushalts 2010 ff.

Antwort:

Die Organisation der Verwaltung steht laufend auf dem Prüfstand. Anpassungs- und Optimierungsbedarf ergeben sich insbesondere infolge vorübergehend und dauerhaft zuwachsender Aufgabenfelder, infolge der Übertragung oder des Fortfalls von Aufgaben oder infolge von Personalveränderungen. Nur beispielhaft genannt seien die Einführung der getrennten Niederschlagswassergebühr, die Übertragung des Bauhofes in die TeBEL AöR oder das Ausscheiden von Herrn Meyer, Herrn Broich oder Frau Heck (Siehe auch Anmerkungen S.60ff). Die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Änderungen werden selbstverständlich auch dazu genutzt, Aufbau und Ablauf weiter zu optimieren.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, auch bei den aktuell anstehende Veränderungen auf eine fortgesetzte Optimierung der Auf- und Ablauforganisation in der Verwaltung zu achten.

FDP: TeBEL AÖR Erläuterungsbedarf
 Aus der z. Zt. vorliegenden Unternehmenssatzung der Gesellschaft geht nicht hervor, welche Vermögensgegenstände von den Partnern E + L eingebracht werden. Eine Spezifikation, zu welchen Werten die Wirtschaftsgüter in die AÖR gelangen, wie Sie vergütet werden an die Gesellschafter und/oder wie dieser a. o. Ertrag in der Bilanz der Gemeinde Lindlar auswirkt ist nirgends erwähnt. Dies ist nicht korrekt, denn die Bestandsveränderung des Vermögens muss bilanziert/bewertet werden und wirkt sich bilanziell aus. Wir bitten um detaillierte Erläuterungen und um Einbringung dieses Ereignisses in die Bilanz/den Haushalt 2010.

Antwort:
 Siehe nachfolgende Antwort.

FDP: Die Einbringung des Stammkapitals ist bilanziell nicht gefasst im HH Plan 2010

Antwort:
 Im Zuge der Gründung der TeBEL AöR werden Fahrzeuge, Geräte und andere Vermögensgegenstände im Haushaltsjahr 2010 aus dem Kernhaushalt abgehen und als Sacheinlage in die AöR eingebracht. In gleicher Höhe erhält die Gemeinde Lindlar dann eine Beteiligung an dem TeBEL.

Zwischenzeitlich wurde festgelegt, dass die übergehenden Vermögensgegenstände durch ein externes Büro begutachtet und bewertet werden. Insofern steht zurzeit noch nicht fest, welches Kapital die Gemeinde in den TeBEL einbringt. Eine Abweichung der Bewertungen von den aktuellen Bilanzansätzen wird allerdings nicht erwartet.

Der das Stammkapital übersteigende Betrag wird den Rücklagen zugeordnet. Eine Bareinlage des Stammkapital ist nicht vereinbart.

In der Unternehmenssatzung des TeBEL ist festgeschrieben worden, dass die Gemeinderäte in Lindlar und in Engelskirchen den Übergang der Vermögensgegenstände und ihre Bewertung beschließen müssen. Sobald die Wertgutachten vorliegen, wird die Angelegenheit zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Eine Planbilanz, in der diese Veränderungen abgebildet werden könnten, sieht das NKF nicht vor.

FDP: Ausgleich der Vorleistungen der Gemeinde Lindlar in 2009 und 2010. Diese sind bilanziell nicht erläutert. Sie müssten zum Ausgleich der Forderungen der Gemeinde beitragen und in der Finanzrechnung auftauchen.

Antwort:

Die Verwaltungen der Gemeinde Lindlar und der Gemeinde Engelskirchen haben abgestimmt, dass die Aufwendungen und Kosten für die Gründung der TeBEL AÖR zu gleichen Teilen von beiden getragen werden. Absprachegemäß soll die TeBEL AÖR damit nicht belastet werden. Die Kosten werden vom Kernhaushalt getragen, aber nicht separat als Kosten zur Errichtung der AÖR o.ä. erfasst.

FDP:

ANTRAG

Die Verwaltung wird beauftragt, alle Baulastträger (Bund, Land und Kreis) von Strassen ab 2008 zur Zahlung ihrer Oberflächenwässer heranzuziehen und zur Zahlung zu veranlassen.

Antwort:

Die jeweiligen Baulastträger der Kreis- und Landstraßen im Gemeindegebiet werden bereits seit 01/2008 zur Zahlung von Regenwassergebühren für ihre abflusswirksamen Straßenflächen herangezogen und zahlen diese regelmäßig. Bundesstraßen sind im Gemeindegebiet Lindlar nicht vorhanden.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

FDP:

Anregung

Die Verwaltung wird gebeten, eine Vergabeordnung zu erarbeiten und dem Haupt- und Finanzausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.

Antwort:

Hinsichtlich des Erlasses einer Vergabeordnung ist Normgeber der Bund. Durch den Erlass einer Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB), einer Vergabeordnung für Leistungen (VOL) und einer Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen (VOF) hat der Bund diesem Umstand bereits Rechnung getragen.

Die Gemeinde Lindlar kann auf örtlicher Ebene nur eine entsprechende Dienstanweisung erlassen. Eine Dienstanweisung für das Verfahren bei dem Abschluss von Verträgen und bei der Vergabe von Lieferungen und Leistungen – einschließlich Bauleistungen – (sog. Vergabedienstanweisung) hat der Rat der Gemeinde Lindlar bereits am 19. Dezember 2001 beschlossen. Diese ist seit dem 1. Januar 2002 in Kraft.

FDP:

ANTRAG

In Jahren, in denen kein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept existiert, werden keine Einstellungen, Höhergruppierungen und/oder Stellennachbesetzungen durchgeführt. Eine pauschale Kürzung der Ausgaben (mit Ausnahme der Personalkosten) um 25% wird beschlossen. Die Aufnahme von Kassenkrediten wird in einem Haushaltsjahr auf

12 MIO € p. a. begrenzt. Der Haupt- und Finanzausschuss entscheidet über alle Ausgaben ab einem Wert in Höhe von 5.000,-- €

Antwort:

Bekanntlich wird sich die Gemeinde Lindlar ab dem Jahr 2010 in der Haushaltssicherung befinden. Deshalb dürfen nur gesetzlich vorgeschriebene, vertraglich vereinbarte und unabweisbare Ausgaben getätigt werden. Dazu zählen auch Einstellungen und Stellennachbesetzungen, die jeweils ausdrücklich begründet werden müssen. Auf Höhergruppierungen besteht ein Rechtsanspruch.

Eine pauschale Kürzung der Ausgaben (mit Ausnahme der Personalkosten) um 25% ist nicht vertretbar, weil ohnehin nur die notwendigen Ausgaben veranschlagt sind und eine derartige Kürzung die Erfüllung wesentlicher Pflichtaufgaben unmöglich machen, Haftungsrisiken provozieren und wirtschaftliche Nachteile (etwa unterlassene Instandhaltung) bedeuten würde.

Die Forderung einer Begrenzung der (Neu-?) Aufnahme von Kassenkrediten ist unverständlich.

Zu einer Beschlussfassung, dass der Haupt- und Finanzausschuss über alle Ausgaben ab einem Wert in Höhe von 5.000,-- € entscheidet, sieht die Verwaltung keine Veranlassung. Bisher sind die in den Zuständigkeitsbereich der Verwaltung fallenden Vergaben im Rahmen der in § 10 der Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Lindlar festgeschriebenen Auftragssummen nicht beanstandet worden. Im Übrigen würde eine solche Verfahrensweise eine deutliche Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen bedeuten.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

FDP:

ANTRAG

Die Verwaltung wird gebeten, in der nächsten Sitzung des Gemeinderats das Baumanagement für die Bereiche Instandsetzung und evtl. Ausbau von Straßen und Brücken vorzulegen.

Antwort:

Gemäß Zuständigkeitsordnung der Gemeinde Lindlar berät und entscheidet der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss mindestens einmal jährlich im Rahmen des Wegeinstandsetzungsprogramms über die im Gemeindegebiet zu reparierenden und instand zu setzenden Straßen und Wege. Ebenfalls wird in diesem Ausschuss über die Sanierung von Brücken und Bauwerken beraten und entschieden. Die Verwaltung legt für die notwendigen Straßeninstandsetzungsmaßnahmen regelmäßig dem Ausschuss eine Prioritätenliste mit Kosten und Instandsetzungsvorschlägen vor. Die derzeit aktuelle und noch nicht fortgeschriebene Prioritätenliste wurde zuletzt in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 12.05.2009 (TOP 5) behandelt und beraten und kann der zugehörigen Sitzungsvorlage und -niederschrift entnommen werden.

Beschlussvorschlag:
Der Antrag der FDP-Fraktion wird abgelehnt.

FDP:

ANTRAG

Für die Zeit des nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzeptes wird die Kämmerei als Stabstelle direkt dem RAT der Gemeinde Lindlar zugeordnet. Das Controlling der TeBEL AÖR, SFL, BGW und Eigenbetriebe Wasser/Abwasser werden der Kämmerei zugeordnet.

Antwort:

Dem o.a. Antrag kann aus folgenden Gründen nicht zugestimmt werden:

1. Gemäß § 62 Abs. 1 GO NRW ist der Bürgermeister verantwortlich für die Leitung und Beaufsichtigung des Geschäftsgangs der gesamten Verwaltung. Er leitet und verteilt die Geschäfte. Die Organisationsgewalt des Bürgermeisters, die eine gesetzliche Ausnahme von der Alleinzuständigkeit des Rates darstellt, kann der Rat dem Bürgermeister nicht entziehen oder beschränken.

2. Das Controlling des TeBEL, der SFL und der BGW obliegt den dazu satzungsmäßig bestimmten Gremien, im Falle des Eigenbetriebes Wasser und Abwasser Lindlar dem Betriebsausschuss Wasser/Abwasser.

Beschlussvorschlag:
Der Antrag der FDP wird abgelehnt.

FDP:

Anregung

Wir bitten die Verwaltung, den u. E. gegebenen Interessenkonflikt zwischen der Verwaltungsleitung der Gemeinde und der personellen Besetzung von Aufsichtsratsvorsitzen der mit der Gemeinde verbundenen Unternehmen zu prüfen und schriftlich zu berichten.

Antwort:

Ein Interessenkonflikt zwischen der Verwaltungsleitung der Gemeinde und der personellen Besetzung von Aufsichtsratsvorsitzen der mit der Gemeinde verbundenen Unternehmen wird von Seiten der Verwaltung nicht gesehen. Die FDP-Fraktion wird gebeten, ihre Anregung näher zu konkretisieren und zu begründen.

FDP:

Bitte kann die Verwaltung eine Liste aller Baugebiete, Lage, Größe und Preise der angebotenen Grundstücke und deren Eigentümer zusammenstellen?

Antwort

Dies ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich

**Bündnis90/
Die Grünen:** Generell:
Wie werden sich die Beschlüsse der neuen Bundesregierung auf den Haushalt 2010 und die folgenden Haushalte auswirken?

Antwort:

Sofern die Steuersenkungsgesetze ab 2010 beschlossen werden, wird dies auch die Gemeinde Lindlar im Rahmen ihrer Geldzuweisungen insbesondere beim Anteil an der Einkommensteuer merken. Zurzeit geht man davon aus, dass das Land Nordrhein-Westfalen hierdurch 500 Millionen € weniger an Einkommen- und Körperschaftsteuer erhält. Von diesem Anteil erhalten die Kommunen 15 Prozent. Insofern wird auch die Gemeinde Lindlar einen geringeren Anteil an der Einkommensteuer erhalten.

SPD: Lt. Der Presse erhält die Gemeinde Lindlar in 2010 erstmalig eine Landeszuweisung im 6-stelligen Bereich als Ausgleich für die überdurchschnittlich hohen Abwassergebühren bedingt durch die versprengten Ortsteile des Gemeindegebietes. Die Zahlen, die hierzu Herr Hütt vorliegen (5-stellig) kongruieren nicht mit den - durch die Presse publizierten - voraussichtlichen Zuweisungen.

Antwort:

Die vorliegenden Zahlen stammen aus dem Gesetzentwurf der Landesregierung (Siehe Drucksache des Landtages Nr. 14/9702) und der Ergänzung 14/10090 Seite 46 (vgl. 9. Anlage 5 zu § 19 Abs. 2 Nr. 2 GFG 2010).

Werner Hütt
Gemeindekämmerer

Dr. Hermann-Josef Tebroke
Bürgermeister

Haushaltsplan 2010 bis 2013

Stand: 13.11.2009

Eckdaten

1. Haushaltsvolumen / Zuschussbedarf		Ansatz 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
1.1	E Ordentliche Erträge (Hebesatz 2010 40,5 %)	262.922.370	256.601.208	263.405.482	276.146.962	269.642.598
	E Finanzerträge	811.054	771.033	911.023	911.023	911.023
	Erträge gesamt:	263.733.424	257.372.241	264.316.505	277.057.985	270.553.621
1.2	A Ordentliche Aufwendungen	266.183.931	265.160.594	260.487.252	273.200.676	266.702.935
	A Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	3.708.374	3.563.300	3.643.700	3.609.400	3.580.000
	Aufwendungen gesamt	269.892.305	268.723.894	264.130.952	276.810.076	270.282.935
1.3	Saldo (1.1 - 1.2) Fehlbetrag/Überschuss	-6.158.881	-11.351.653	185.553	247.909	270.686
1.4	Ausgleichsrücklage Anfang des Haushaltsjahres (qualifizierte Schätzung)	17.650.000	11.450.000	98.347	283.900	531.809
1.5	Ausgleichsrücklage Ende des Haushaltsjahres (qualifizierte Schätzung)	11.450.000	98.347	283.900	531.809	802.495
Wesentliche Erträge (E) und Aufwendungen (A)						
2. Personalaufwand						
2.1	A Personalaufwand	44.449.380	46.432.387	46.609.267	46.977.580	47.235.181
	A davon Zuführung zu Pensionsrückstellung	3.700.000	3.892.865	3.657.829	3.610.105	3.462.487
2.2 LVR-Umlage						
2.2.1	A Landschaftsumlage	53.428.860	51.868.047	49.752.028	51.931.572	54.331.182
2.2.2	LVR-Umlagehebesatz in %	15,85	15,85	15,85	15,85	15,85
2.3 Soziales						
2.3.1	E Zuweisung v. Land - Wohngeidentlastung	4.672.000	3.394.000	3.394.000	3.394.000	3.394.000
2.3.2	E Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung (Ertrag)	7.907.000	7.280.000	7.280.000	7.280.000	7.280.000
2.3.3	E Elternbeiträge Kindertageseinrichtung	3.238.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000	3.400.000
2.3.4	A Sozialhilfe an Personen auß. Einrichtungen	11.550.000	12.602.000	12.572.000	12.542.000	12.512.000
2.3.5	A Sozialhilfe an Personen inn. Einrichtungen	9.822.000	9.351.000	9.321.000	9.291.000	9.261.000
2.3.6	A Jugendhilfe an Personen/Träger auß. von Einrichtungen	3.589.700	3.729.700	3.869.700	4.009.700	4.139.700
2.3.7	A Leist. d. Jugendhilfe an jur. Personen auß. von Einrichtungen	3.452.000	3.160.000	2.868.000	2.876.000	2.884.000
2.3.8	A Jugendhilfe an Träger inn. von Einrichtungen	11.188.100	11.490.100	11.542.100	11.844.100	12.146.100
2.3.9	A Sonstige soziale Leistungen	881.159	782.710	782.710	782.710	782.710
2.3.10	A Leistungen nach dem UVG	1.550.000	1.550.000	1.600.000	1.600.000	1.600.000
2.3.11	A Pflegegeld	6.030.000	6.312.000	6.312.000	6.312.000	6.312.000
2.3.12	A Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung	31.130.000	31.200.000	31.200.000	31.200.000	31.200.000
2.3.13	A Leistungsbeteiligung einmalige Leistungen	550.000	627.000	627.000	627.000	627.000
2.3.13	A Zuwendungen - PG Hilfen z. Gesundheit	1.249.664	1.189.664	1.189.664	1.189.664	1.189.664
2.3.14	A Zuwendungen - PG Kinder in Tageseinrichtungen	25.696.000	24.800.000	25.161.000	25.530.000	25.902.000
2.3.15	A Zuwendungen - PG Jugendarbeit u. Familienförderung	592.200	604.200	604.200	604.200	604.200
2.3.16	A Zuwendungen - PG Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien	525.100	525.100	525.100	525.100	525.100
2.3.17	A Zuwendungen - PG Gesundheitsförderung	564.000	574.000	582.000	590.000	598.000

Haushaltsplan 2010 bis 2013

Stand: 13.11.2009

Eckdaten

Erträge		Ansatz 2009	Ansatz 2010	Plan 2011	Plan 2012	Plan 2013
3.	E Schlüsselzuweisungen	23.860.471	23.511.544	22.006.805	22.622.996	23.731.523
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		-1,46	-6,40	2,80	4,90
3.2	Allgemeine Kreisumlage					
3.2.1	Kreisumlagegrundlagen	313.230.131	303.731.654	291.886.119	305.020.994	319.051.960
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %		-3,03	-3,90	4,50	4,60
3.2.2	E Kreisumlageaufkommen	123.725.901	123.011.320	134.559.501	136.039.363	137.511.395
3.3.	Differenzierte Umlagen					
3.3.1	Umlagegrundlagen Berufliche Schulen	271.969.006	261.875.302	251.662.165	262.986.962	275.084.362
3.3.2	Umlagegrundlagen Jugendamtsumlage	164.915.105	164.065.132	157.666.592	164.761.588	172.340.621
3.3.3	Umlagegrundlagen Kreisvolkshochschule	253.509.719	245.245.779	235.681.193	246.286.846	257.616.041
3.3.4	E Aufkommen Berufl. Schulen	6.562.770	5.199.272	5.535.376	6.388.034	6.644.094
3.3.5	E Aufkommen Jugendamtsumlage (einschl. VA + Nachzahlung RE 2008)	39.238.182	36.548.543	35.859.486	36.498.508	37.200.469
	davon Auswirkung RE 2008 (Abschlag)	2.600.000				
3.3.6	E Aufkommen Kreisvolkshochschule	531.918	652.016	714.228	730.855	741.923
3.4	Kreisumlagehebesätze in %					
3.4.1	Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz	39,5000	40,5000	46,1000	44,6000	43,1000
3.4.2	Mehrbelastung Berufsschulwesen	2,4131	1,9854	2,1995	2,4290	2,4153
3.4.3	Mehrbelastung Jugendamt	22,2164	22,2768	22,7439	22,1523	21,5854
	zusätzlich für Abdeckung RE 2008 (2,6 Mio. €)	1,5766				
3.4.4	Zwischensumme Hebesatz Jugendamt	23,7930				
	Mehrbelastung KVHS	0,2019	0,2659	0,3030	0,2967	0,2880
3.4.5	Nachrichtlich: Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz einschl. Zuschlag i.H.v. 4,0 Mio. Euro p.a. ab 2010 zum Abbau der Altfehlbeiträge aus dem bisherigen HSK (Überschussmodell)	auf eine Erhebung in 2009 wird verzichtet	41,8200	47,4700	45,9100	43,1000

CDU-Fraktion im Gemeinderat Lindlar

Ellsabeth Broich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

CDU-Fraktion Lindlar, Korbstraße 6, 51789 Lindlar

Bürgermeister der Gemeinde Lindlar
Herrn Dr. Tebroke

(mit der Bitte um Weiterleitung an die anderen Fraktionen im Rat)

Rathaus
51789 Lindlar

Gemeinde Lindlar

03. Dez. 2009

02.12.09

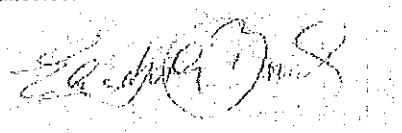
Haushaltsberatungen 2010 in Hauptausschuss und Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Dr. Tebroke,

nach weiteren Beratungen stellt die CDU-Fraktion folgende Anträge/Anfragen zum Thema Wohnen und Leben in der Gemeinde Lindlar

- Wir sind für die **behutsame** Entwicklung des Baugebietes in Schmitzhöhe.
Wir möchten mit diesem Neubaugebiet ein Vorzeigeprojekt angehen: beispielsweise ökologisch (evtl. Erd- oder Solarwärme, Niedrigenergiehäuser, Passivhäuser...)
Wie kann die weitere Erschließung in kleinen Schritten geschehen, ohne dadurch die BGW zu sehr zu belasten? Welcher andere Bauträger könnte als Partner gewonnen werden?
- Findet ein Bauwilliger bei der Gemeinde eine Übersicht über bebaubare Flächen neben den bekannten Baugebieten? Wenn nicht, beantragen wir die Erstellung einer solchen Übersicht?
- Berät die Verwaltung evtl. bauwillige Familien über mögliche Zuschüsse?
- Es mangelt schon heute an bezahlbaren seniorengerechten Wohnungen in Lindlar. Gibt es Anfragen von Investoren? Welches ist der Sachstand und Zeitplan der Projekte der Kath. und der Ev. Kirche
- Um Interesse für Wohnen und Leben in Lindlar zu wecken, beantragen wir:
 - Die Gemeinde (BGW/Rat/Verwaltung) betreibt verstärkt Werbung auf Messen in der Region
 - Besucher des Freilichtmuseums erhalten mit der Eintrittskarte kostenlos eine CD über Lindlar (mit Informationen über die Vielfalt an Angeboten, Vereinen...Gibt es eine solche in Lindlar Touristik?)
 - Kinder, deren Familien in der Gemeinde Lindlar bauen, besuchen den Kindergarten beitragsfrei

Mit freundlichen Grüßen



Thomas Willmer
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Tradition bewahren
und
Zukunft gestalten
- Aktiv für Lindlar -



CDU Lindlar

Thomas Willmer, Am Fronhofsgarten 2, 51789 Lindlar

Telefon: (0 22 66) 10 81

E-Mail: ThomasWillmer@web.de

An den
Bürgermeister der Gemeinde Lindlar
Herr Dr. H.-J. Tebroke
51789 Lindlar

Lindlar, den 30.11..2009

Anfrage in Ergänzung zu den Beratungsunterlagen für den Haushaltsplan 2010, hier Heizungsanlage der Janusz-Korczak-Schule, Carola-Lob-Weg im Ausschuss Bau-, Planung und Umwelt sowie im Schulausschuss

Sehr geehrter Herr Dr. Tebroke,

Im Rahmen der Beratungen zum Haushalt hat die CDU-Fraktion zu der nunmehr seit einiger Zeit laufenden Heizungsanlage in der Janusz-Korczak-Schule angefragt und möchte die Wirtschaftlichkeit dieser neuen Technologie dargestellt bekommen. Ich möchte hier für die CDU-Fraktion diese Anfrage präzisieren. Mit der Errichtung der neuen Förderschule hatten wir, mit Unterstützung aller Fraktionen den Beschluss gefasst, an der Janusz-Korczak-Schule die Technologie der Erdwärmenutzung auszuprobieren. Dies ist bekanntlicherweise mit einer höheren Investition verbunden gewesen. Die CDU-Fraktion möchte nun im Rahmen der Haushaltsberatungen in Erfahrung bringen, inwieweit sich unsere damaligen Überlegungen bestätigt haben. Welches Einsparpotential hat sich durch diese Heizungsanlage realisieren lassen? Gab es beim Betrieb der Anlage Probleme oder Reparaturanfälligkeiten? Welche laufenden Kosten sind angefallen und wie sehen die Prognosen aus?

Die CDU-Fraktion fragt dies unter Berücksichtigung des zu Zeit in Erstellung befindlichen Wärmatlas NRW, der Gebiete kennzeichnet, in denen diese Technologie in Zukunft verstärkt eingesetzt werden kann. Die CDU bittet die Verwaltung, sich mit Hilfe dieses Wärmeatlases darüber zu informieren, ob es im Gebiet der Gemeinde Lindlar möglicherweise zu einem verstärkten Einsatz kommen wird. In diesem Zusammenhang sollte geprüft werden, ob sich Einsatzmöglichkeiten für diese Technologie auch für kleiner Baugebiete, wie eventuell ein möglicher erster Bauabschnitt in Schmitzhöhe einsetzen lässt.

Ggf. könnten sich im Gewerbepark Klaus neu ansiedelnde Betriebe auf die Möglichkeit und die Erfahrungen an der Förderschule hingewiesen werden.


Thomas Willmer